

Gemeinsam Fahrt aufnehmen!

Kommunale Politik- und Nachhaltigkeitsprozesse integrieren



Autorinnen

Dr. Hannah Büttner, Dr. Danuta Kneipp
hannah.buettner@ifok.de
danuta.kneipp@ifok.de

Impressum

IFOK GmbH

Berlin
Reinhardtstraße 58
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: +49.30.536077-0
Fax: +49.30.536077-20

München
Tal 21
80331 München
Deutschland
Telefon: +49.89.2422352-0
Fax: +49.89.2422352-28

Danke

Diese Broschüre wurde im Rahmen des vom Umweltbundesamt (UBA) geförderten Forschungsvorhabens „Handlungsleitfaden Politikintegration in das Nachhaltigkeitsmanagement“ (FKZ: 370911108) erstellt und vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) unterstützt.

Wir, die Autorinnen, möchten uns herzlich bei allen bedanken, die dieses Vorhaben unterstützt haben, insbesondere bei allen Interviewpartnern/-innen sowie Teilnehmern/-innen der Workshops. Für die konstruktive Zusammenarbeit danken wir außerdem ganz herzlich unseren Auftraggeberinnen Frau Eick (UBA) und Frau Dr. Emig (BMU).



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit

Gestaltung: design_idee, büro_für_gestaltung, Erfurt

Druck: Druckhaus „Thomas Müntzer“ GmbH, Weimar

Stand: August 2010

Auflage: 1.500 Exemplare

Fotonachweis:

Titelbild: ant236/Fotolia.com
S.4: Phoenixpix/Fotolia.com
S. 6: Ilan Amith/Fotolia.com
S. 8 (oben): Sven Hoppe/Fotolia.com
S. 8 (unten): Schlierner/Fotolia.com
S. 9: Monkey Business/Fotolia.com
S. 10: Pakhnyushchyy/Fotolia.com
S. 11: Sportlibrary/Fotolia.com
S. 12: Patrizia Tilly/Fotolia.com
S. 14: konsalt
S. 15 (oben): Brigitte Ziser
S. 15 (unten): Horst David
S. 16: © Beboy - Fotolia.com
S. 17 (oben): Zöpf/Stadt Augsburg
S. 17 (unten): Klaus Büth/Fotolia.com
S. 18: Stadt Augsburg
S. 19 (oben): Stadt Dresden

S. 19 (unten): Jörg-Rainer Oeser
S. 21 (oben): Stadt Solingen
S. 21 (unten): Stadt Solingen/Titelblatt
Aktionsprogramm
S. 22: Ewe Degiampietro/Fotolia.com
S. 23: Stadt Heidelberg
S. 24 (oben): Christian Buck
S. 24 (unten): Bertold Werkmann/Fotolia.com
S. 25: Stadt Kaiserslautern
S. 26: Stadt Augsburg
S. 27: zebrik/Fotolia.com
S. 28: Elke Hartmann/Pixelio.de
S. 29: abdulsatarid/Fotolia.com
S. 31: Photocase
S. 32: Herbert Brüning
S. 33: Stadt Eichstetten
S. 34 (oben): Photocase

S. 34 (unten): Werner Rybarski
S. 35 (oben): Niels Funke
S. 35 (unten): gafoeg
S. 36: Stadt Solingen
S. 37: Jürgen Hanika
S. 38 (oben): Herbert Brüning
S. 38 (unten): mpixs/Fotolia.com
S. 39 (rechts): Herbert Brüning
S. 39 (links): Silvia Hesse
S. 40: Stadt Solingen
S. 41: Swifter/Fotolia.com
S. 48: Tobias Müller/Fotolia.com
S. 49: Tyler Olson/Fotolia.com
S. 51: Finetti/Fotolia.com
S. 53: utemov/Fotolia.com

Inhalt

Worum es in dieser Praxisbroschüre geht	5
Wie Sie mit dieser Praxisbroschüre arbeiten können	6
Hintergrund: Integration von Politik- und Nachhaltigkeitsprozessen	10
Hebel und Instrumente: Wie die Integration von Politik- und Nachhaltigkeitsprozessen gelingen kann	13
Dynamik erzeugen und Nachhaltigkeitsprozesse steuern – das Hebelmodell für kooperative Veränderungsprozesse	13
Durch einen Motor die Motivation für den Prozess sichern	16
Durch Permanenz politische Mandatsträger/innen kontinuierlich einbinden	20
Durch Lobbying und Fürsprache Entscheidungsträger überzeugen	26
Durch Partizipation die Relevanz für Mandatsträger/innen steigern und Dynamik erzeugen	32
Durch PR Attraktivität und Unterstützung der Politik sichern	38
Ausblick	41
Serviceteil	42



Einführung

Worum es in dieser Praxisbroschüre geht

Es lohnt sich als Kommune, Nachhaltigkeit gemeinsam mit allen Akteuren aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft – voranzutreiben! Wie dies gelingen kann und Hürden überwunden werden können, beschreibt diese Praxisbroschüre: Sie bietet Ihnen, seien Sie Politiker/in, Verwaltungs- oder Zivilgesellschaftsakteur, Hilfestellung und Lösungswege zur stärkeren und wirkungsvolleren gemeinsamen Koordination von Nachhaltigkeitsprozessen in Ihrer Kommune. Insbesondere unterstützt sie Sie bei der Integration von Politik- und Nachhaltigkeitsprozessen, so dass Sie die Fahrt in Richtung Zukunftsfähigkeit beschleunigen können.

Die Broschüre veranschaulicht an konkreten Beispielen aus dem kommunalen Alltag, wie Sie als Politiker/in, Verwaltungs- oder Agendavertreter/in durch die gezielte Kombination von ausgewählten Hebeln und Instrumenten erreichen können, dass alle stärker an einem Strang ziehen.

Mit dem Leitfaden möchten wir Sie einladen, die Prozesse für nachhaltige Entwicklung in Ihrer Kommune auf den Prüfstand zu stellen und sich Anregungen zu holen, wie Sie eine stärkere Integration von Politik- und Nachhaltigkeitsprozessen gemeinsam mit Akteuren aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft vorantreiben können.

Der Leitfaden lebt von den vielfältigen Erfahrungen vieler Gemeinden und Städte bei der Kooperation und Integration von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft in nachhaltige Entwicklung. Sie finden im Leitfaden zahlreiche Beispiele, die Ihnen zeigen, wo andere Kommunen angesetzt haben und welche Maßnahmen sich als erfolgreich erwiesen haben.

Die Lösungsansätze sind vielfältig. Ein Patentrezept gibt es nicht. Doch der Leitfaden soll Ihnen die Zutaten für Ihr eigenes individuelles Rezept an die Hand geben. Er ist somit gedacht als Hilfestellung „aus der Praxis für die Praxis“. Sie erhalten Anregungen und Unterstützung, auf welchen Gebieten Sie aktiv werden können.

Dieser Leitfaden möchte Sie dabei unterstützen, die Umsetzung von Maßnahmen in Ihrer Kommune zu vereinfachen – so müssen Sie nicht „das Rad neu erfinden“, sondern können sich bei Ihrem Konzept von den Erfahrungen anderer Städte und Gemeinden anregen lassen.

An wen sich diese Praxisbroschüre richtet

Wenn Sie diese Broschüre lesen, haben Sie je nach Akteursperspektive unterschiedliche Handlungsspielräume und Anforderungen zu bewältigen.

Dieser Leitfaden richtet sich sowohl an Kommunalpolitiker/innen als auch Vertreter/innen der Kommunalverwaltung sowie zivilgesellschaftliche Akteure, also an jene Personen, die im kommunalen Alltag mit nachhaltiger Entwicklung zu tun haben. Erfahrene „Nachhaltigkeitsakteure“ können genauso von dem Leitfaden profitieren wie jene, die in diesem Feld neu dabei sind.

Politik

P



Wenn Sie ein **politisches Mandat** tragen, dann können Sie sich darüber informieren, welche Anknüpfungspunkte nachhaltige Entwicklung in Ihrer Kommune für Ihre politische Arbeit bietet, wie Sie mit anderen Akteuren kommunizieren und welche Chancen das Thema Nachhaltigkeit für Sie und Ihre Kommune bereithält.

5

Verwaltung

V



Wenn Sie in einer **Kommunalverwaltung** tätig sind, dann erfahren Sie in dem Leitfaden, wie Sie mit anderen Bereichen der Verwaltung kooperieren, wie Sie Mandatsträger/innen integrieren und den Spagat zwischen der Beteiligung der Politik und der Zivilgesellschaft hinbekommen, ohne die Politik zu brüskieren.

Zivilgesellschaft
(Agenda-Akteure)

Z



Wenn Sie sich als **zivilgesellschaftlicher Akteur** für nachhaltige Entwicklung interessieren, finden Sie in dieser Broschüre Hinweise, wie Sie Aufmerksamkeit für Ihre Arbeit erzeugen, wie Sie andere motivieren und in Projekte einbeziehen oder wie Sie Unterstützer für Ihr Engagement finden und mobilisieren.

Die Buchstaben P, V, Z bieten Ihnen Orientierung beim Lesen und werden an besonders wichtigen Textstellen eingeblendet.

Wie Sie mit dieser Praxisbroschüre arbeiten können

Für Schnelleser/-innen

Wenn Sie rasch Information benötigen, dann suchen Sie einfach die zutreffende Antwort auf die folgenden Fragen und schlagen das entsprechende Kapitel auf.

Welches der Probleme trifft auf Ihre Situation am ehesten zu?

- A) Nachhaltige Entwicklung wird an sieben verschiedenen Ecken gleichzeitig begonnen. Da laufen viel zu viele Dinge parallel!
Lesen Sie weiter auf Seite 16.
- B) Mir fehlt die Unterstützung von meinen Verwaltungskollegen/-innen – wie kann ich kontroverse Themen voranbringen?
Lesen Sie weiter auf Seite 20 und Seite 26.

C) Der Bürgermeister und die Politik interessieren sich nicht – wie kann ich Dynamik erzeugen?
Lesen Sie weiter auf Seite 16 und Seite 32.

D) Alle schreien immer „Mehr Beteiligung!“, aber wie kann ich einen konstruktiven und hilfreichen Bürgerdialog aufsetzen?
Lesen Sie weiter auf Seite 32.

E) Für mich als Politiker/-in ist es schwierig, einen Zugang zu den Akteuren der Nachhaltigkeits-Community zu finden. Welche Potentiale stecken in dem Thema für meine Arbeit?
Lesen Sie weiter auf Seite 26 und 38.



Vielfältige Erfahrungen der Kommunen werden aufgegriffen

Das Wissen und die Erfahrungen zu nachhaltiger Entwicklung im kommunalen Alltag sind umfassend. In den Gesprächen wurden uns die Bandbreite und die Vielfalt der Aktivitäten in den Kommunen sehr deutlich und es war durchaus eine Herausforderung, aus dieser Vielfalt auszuwählen. Deshalb konnte nur exemplarisch auf die wertvollen Informationen, das Wissen und die gesammelten Erfahrungen eingegangen werden. Für weiterführende Informationen bitten wir Sie, sich mit den genannten Ansprechpartnern/innen direkt in Verbindung zu setzen. Zu jeder der hier genannten Kommune können Sie sich neben den im

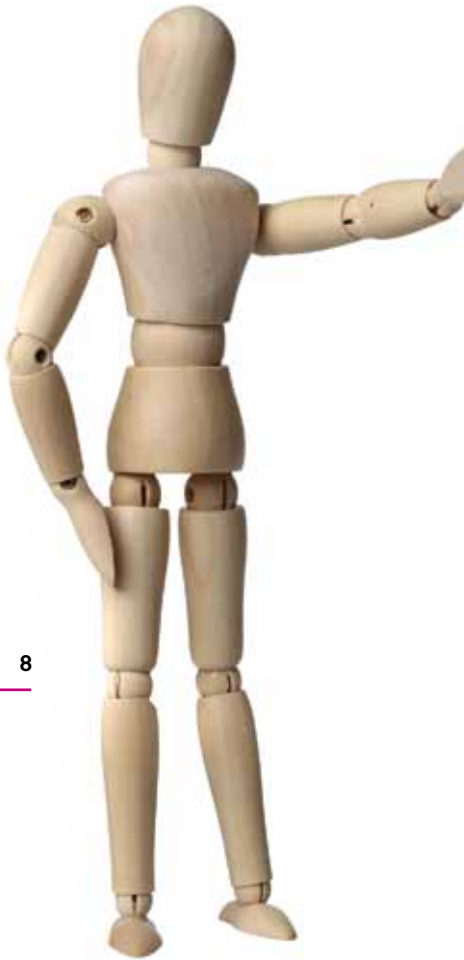
Text beschriebenen Erfahrungen in Steckbriefen informieren. Diese Steckbriefe konzentrieren sich auf das Wichtigste, zeigen Ihnen aber z.B. auch, mit welchen Maßnahmen, Projekten und Themen sich die Kommunen im Rahmen nachhaltiger Entwicklung engagieren und wie dies von Dritten bewertet wird (Wettbewerbe, Auszeichnungen etc.). Auch hier musste eine Auswahl getroffen und es können nicht alle Auszeichnungen und Prämierungen genannt werden. Dennoch laden wir Sie ein, die Steckbriefe dazu zu nutzen, die ein oder andere Beschreibung als Inspiration zu lesen.

Tabelle 1: Übersicht der im Leitfaden dargestellten Kommunen

Kommune	Größe der Kommune	derzeit bearbeitete Themen	Seitenzahlen
Aachen			19, 29, 30, 50, 54
Ascha			16, 17, 44, 48, 50
Augsburg			17, 18, 30, 50, 52, 56
Dresden			19, 50, 56
Eichstetten am Kaiserstuhl			14, 15, 33, 50
Freiburg			22, 25, 48, 50, 55
Friedrichshafen			26, 30, 46, 50
Gelsenkirchen			34, 35, 36, 40, 50
Hannover			38, 39, 48, 50, 52

Legende:

- < 5000 Einwohner
- < 100.000 Einwohner
- > 100.000 Einwohner
- Klimaschutz- und anpassung
- Bildung und Lebenslanges Lernen
- Fläche und Stadtentwicklung
- Demografischer Wandel und Integration
- Finanzen



Kommune	Größe der Kommune	derzeit bearbeitete Themen	Seitenzahlen
Heidelberg		   	23, 24, 48, 50, 52
Kaiserslautern		   	25, 46, 48, 50
Ludwigsburg		   	22, 23, 50
Lüneburg		 	27, 30, 50
München		 	28, 30, 50, 52, 53, 56
Norderstedt		   	14, 36, 37, 38, 39, 40, 50, 52
Nürnberg		   	23, 24, 50
Solingen		    	20, 21, 36, 45, 50



Wie diese Praxisbroschüre erarbeitet wurde

Die Inhalte der Broschüre beruhen auf den Erfahrungen, wie nachhaltige Entwicklung gemeinsam gestaltet werden kann und welche Schwierigkeiten und Stolpersteine bei der Integration von Politik- und Nachhaltigkeitsprozessen auftreten. Daran anknüpfend werden Lösungsansätze beleuchtet und zueinander in Verbindung gebracht. Besonderes Augenmerk haben wir dabei auf exemplarische Lösungswege und -instrumente gelegt, um so zentrale Hebel (Lösungsansätze und Erfolgsfaktoren) herauszuarbeiten und in übersichtlicher Form zu erläutern.



1. Erhebung	2. Aufbereitung und Analyse	3. Erstellung Leitfaden inklusive Workshop
■ Recherche ■ Experten/innenworkshop ■ Experten/inneninterviews ■ Bestpractice Matrix zu Kommunen ■ 20 qualitative Interviews mit Vertretern/innen der Kommunalpolitik und -verwaltung sowie der Zivilgesellschaft	■ Analyse der Schlüsselprobleme und Erfolgsfaktoren ■ Aufbereitung der Analyse	■ Leitfadenentwurf ■ Test-Workshop ■ Feedbackprozess ■ Finale Version

IFOK, 2010

In einem ersten Schritt ging es darum, mit Experten/innen der „Nachhaltigkeitsszene“ zu den zentralen Themen, Hürden und Erfolgsfaktoren nachhaltiger Entwicklung und Politikintegration zu sprechen. Neben ersten Erkenntnissen entstand so eine Übersicht zu verschiedenen Kommunen, deren Erfahrungen erfolgreich und nachahmenswert sind.

Daran anknüpfend schloss der zweite Arbeitsschritt ausführliche Gespräche mit Vertretern/innen dieser Kommunen (Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft) ein.

In diesen Gesprächen interessierte uns vor allem, welche Themen in den Kommunen unter der Überschrift „Nachhaltigkeit“ im Mittelpunkt stehen und warum. Daran anknüpfend fragten wir nach wichtigen Lernerfahrungen der Kommunen und welche Hürden sie bei der Integration von Politik- und Nachhaltigkeitsprozessen wie überwinden haben. Welche Erfahrungen wurden im Umgang mit schwierigen

Situationen gemacht? Letztendlich wollten wir die Erfolgsfaktoren für die Integration von Nachhaltigkeitsprozessen und politischem Alltagsgeschäft, also für das schlüssige Miteinander im kommunalen Alltag insgesamt, erheben.

Das Ergebnis des dritten Schrittes halten Sie in den Händen. Über die Konzeption und Erstellung des Leitfadens hinaus haben wir mit einigen Vertretern/innen der Kommunen in einem Workshop zentrale Aspekte dieses Leitfadens diskutiert und dieses Workshop-Resümee wie auch die Rückmeldungen aller anderen Beteiligten gerne in den Text aufgenommen.

Wir danken allen, die mit ihren Erfahrungen, ihrem Fach- und Praxiswissen zu diesem Leitfaden beigetragen haben!¹

¹ Eine Übersicht zu den Gesprächspartnern/innen findet sich im Anhang.

Hintergrund: Integration von Politik- und Nachhaltigkeits- prozessen

Was mit Integration von Politik- und Nachhaltigkeitsprozessen gemeint ist

Wenn die Rede von Politikintegration ist, geht es im Grunde um zwei Dimensionen: eine vertikale (verschiedene Politikebenen – lokal, regional, national und europäisch) und eine horizontale (wirtschafts-, sozial- und umweltpolitische Zielstellungen). In der Broschüre werden diese beiden Dimensionen der Integration adressiert.

Dazu beleuchten wir das Zusammenwirken und Agieren politischer Mandatsträger/innen mit Akteuren der Kommunalverwaltung und der Zivilgesellschaft. Die Integration von Politik- und Nachhaltigkeitsprozessen schließt Entscheidungsfindung und -umsetzung ein.

Um es vorweg zu nehmen: Natürlich entsteht die Legitimität von kommunalpolitischen Entscheidungen erst durch den politischen Auftrag und die Verwaltung ist per Auftrag ausführendes Organ. In der Realität sind jedoch mindestens zwei relevante Beobachtungen im Hinblick auf Nachhaltigkeitsprozesse zu vermerken: Zum einen ist festzustellen, dass es oftmals zwar weitreichende Grundsatzbeschlüsse zur nachhaltigen Entwicklung gibt, diese werden jedoch durch andere – zumeist kurzfristige – politische Entscheidungen konterkariert oder verwässert. Hier fehlt entweder die systematische Aufbereitung der Zusammenhänge durch die Verwaltung, und/oder die Bereitschaft der politischen Mandatsträger/innen, Grundsatzbeschlüsse auch konsequent zu verfolgen.

Zum Inhalt von nachhaltiger Entwicklung

Das gegenwärtige Verständnis von nachhaltiger Entwicklung wurde zunächst vom Bericht „Unsere gemeinsame Zukunft“ geprägt, der von der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen unter der Leitung von Gro Harlem Brundtland 1987 veröffentlicht wurde. Dort wird das Leitbild als eine Entwicklung definiert, „die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen“.

Dieser weithin akzeptierten Definition zufolge ist nachhaltige Entwicklung ein kulturell variables Leitbild, das durch gesellschaftlichen Diskurs über heutige und zukünftige Bedürfnisse präzisiert werden muss – deshalb die große Bedeutung des Prinzips Partizipation. Ergänzt und weiter vertieft wird diese Definition von Nachhaltigkeit durch Fragen von Verteilung und Gerechtigkeit. Es gilt, das Leitbild für Nachhaltigkeit als dynamisch zu betrachten und im gemeinsamen Austausch stets weiterzuentwickeln.

Achtung: Immer mehr wird „Nachhaltigkeit“ vereinfacht mit „Dauerhaftigkeit“ übersetzt. Das geht jedoch am Kern des Begriffes vorbei, denn es blendet den zentralen Gedanken von nachhaltiger Entwicklung aus, nämlich das Ausbalancieren von Ökologie, Sozialem und Wirtschaft.

Zum anderen sind oftmals die Verwaltung oder auch Akteure der Zivilgesellschaft bspw. aus Agenda-21-Prozessen Treiber von Nachhaltigkeitsthemen, und sie müssen bei politischen Mandatsträger/innen für ihre Themen werben, d.h. die Initiative für Veränderungen in Richtung Nachhaltigkeit geht nicht immer von der Politik, sondern von den Akteuren aus Gesellschaft und Verwaltung aus.

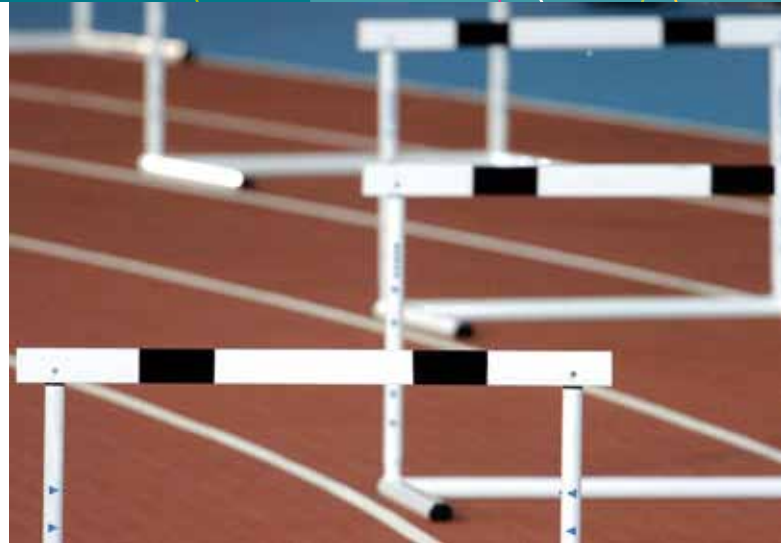
Hinzu kommt, dass in Zeiten knapper Kassen die Handlungsspielräume miteinander zu sprechen, sich zu motivieren und Verantwortung zu übernehmen, zurückgehen. Schnell entsteht ein pauschales „die da oben“ oder „die da draußen“. Auch wird stärker betriebswirtschaftlich gedacht, während eine volkswirtschaftliche Betrachtung in den Hintergrund rückt. Mehr Miteinander und Verständnis für die jeweiligen Handlungslogiken, Verfahrenswege und „Sachzwänge“ der anderen Seite könnte entlasten.



Schlüsselprobleme bei der Integration von Politik- und Nachhaltigkeitsprozessen

Das gesamte Spektrum der Schlüsselprobleme darzustellen, würde den Umfang des Leitfadens übersteigen. Daher beschränken wir uns im Folgenden auf eine Auswahl typischer Aussagen und Beschreibungen oft wiederkehrender Hürden und Stolpersteine.

Gewiss werden Sie beim Lesen feststellen, dass in Ihrem konkreten Fall die eine oder andere Aussage im Detail anders lauten würde. Betrachten Sie die Aussagen als einen Startpunkt der Bestandsaufnahme, einen ersten Schritt, um daran anschließend passende Lösungsansätze zusammenzustellen.



„Ich bin als Mandatsträger/in unsicher, was eigentlich alles inhaltlich zu nachhaltiger Entwicklung gehört. Das ist alles und nichts. Wie helfen mir die Themen, mein Profil zu schärfen?“

Für Kommunalpolitiker/innen, so die häufig beschriebene Erfahrung, ist integriertes Handeln für eine nachhaltige Entwicklung gleichermaßen eine inhaltliche und methodische Herausforderung: Sie spezialisieren sich auf bestimmte Themenfelder und vertreten vor diesem Hintergrund die Interessen der Bürgerinnen und Bürger. Die Komplexität nachhaltiger Entwicklung lässt Politikern/innen zwar Spielräume, erschwert aber zugleich die notwendige Profilierung.

Teils sehen sich Mandatsträger/innen angesichts des komplexen und globalen Themas Nachhaltigkeit inhaltlich überfordert, der Gestaltungs- und Einflussraum auf kommunaler Ebene ist schwer erkennbar. Auch hat es die Politik mitunter schwer, sich an den Paradigmenwechsel in Richtung nachhaltige Entwicklung heranzutasten, da die bisherigen Überzeugungen (bspw. Wachstumsorientierung) in Frage gestellt werden oder an Gültigkeit verlieren.

„Oft ist mir nicht klar, wie Beteiligung funktioniert und welche Rolle ich dabei als Politiker/in habe. Wozu Beteiligung, ich bin doch gewählt ...“

Dahinter steht die Erfahrung, dass Nachhaltigkeitsprozesse eine andere Art von Beteiligung erfordern, die für viele politische Mandatsträger/innen (noch) ungewohnt ist. Oft bleibt vor allem die Wirkung dieser neuen Beteiligungsformen unklar. Vor allem dann, wenn „normale“ Bürger/innen beteiligt werden, kommt häufig die Befürchtung auf, dass Parallelparlamente entstehen und Zuständigkeiten verschoben werden.

„Probleme treten bei der Detailplanung auf, wenn sich zeigt, dass die ehrgeizigen politischen Leitlinien in der Konkretisierung verwässert werden, weil sie aktuelle Interessen berühren.“

Die Aussage spiegelt die folgende Erfahrung wider: Konsens zu übergreifenden Leitlinien in Bezug auf Nachhaltigkeit wird in politischen Prozessen oftmals erzielt. Geht es allerdings in die Konkretisierung und Umsetzung einzelner Projekte zur nachhaltigen Entwicklung, können Konflikte zwischen den politischen Vorgaben und den Projektzielen entstehen.

Hinzu kommt, dass es für Politiker/innen wichtig ist, dass rasch Erfolge öffentlich kommuniziert werden. Das ist bei nachhaltiger Entwicklung durchaus eine Herausforderung, handelt es sich doch um einen auf Dauer angelegten Prozess.



„Wir brauchen ein Kochbuch, das jedem vermittelt, wann und wie er seine Zutaten beifügt.“

Ein wesentliches Problem nachhaltiger Entwicklung ist immer noch die Aneinanderreihung von Projekten, ohne eine strategische Klammer. Zugleich ist die Klammer nicht immer die ideale Lösung. Oft hängen Kommunalverwaltungen in der Luft und können nur schwer abwägen: Wann lohnt sich eine übergreifende Struktur und wann ergeben Einzelprojekte als Startpunkt für gemeinsames nachhaltiges Handeln Sinn. Unklarheiten bestehen auch mit Blick auf die Rolle von Indikatoren. Häufig bleibt offen, wie Verwaltungen hilfreiche Indikatoren erarbeiten können. Langfristig angelegte Kooperation zwischen Verwaltung und Politik ist unter diesen Rahmenbedingungen schwierig.

„In meiner Verwaltungsabteilung haben wir einfach die besseren Voraussetzungen, Nachhaltigkeit voranzubringen. Das machen wir dann lieber alleine. Warum soll ich da etwas anders machen als bisher?“

Dahinter steht die folgende Erfahrung: Teils kennen Kommunalverwaltungen Instrumente und Methoden, wie sie nachhaltiges Handeln gemeinsam mit anderen (Verwaltungs-)Akteuren und der Politik gestalten können. Sie nutzen dieses Wissen aber noch nicht ausreichend, weil traditionelle Ressortgrenzen und Denkstrukturen dem entgegenstehen. Teilweise sieht sich die Verwaltung vor der Herausforderung, einerseits ihrer Hauptaufgabe, nämlich Prozesse aufrechtzuerhalten, nachzukommen und andererseits Ideen und Vorschläge einzubringen.

Eine solche Situation erschwert die Integration von Nachhaltigkeits- und Politikprozessen, weil politische Mandatsträger/innen von den Experten/innen aus der Verwaltung keine integrativen Konzepte erhalten und sich so nicht ganzheitlich mit dem Thema Nachhaltigkeit beschäftigen können.



„Wir werden oft als Nachhaltigkeitsakteure weder von der Verwaltung noch der Politik ernst genommen. Für die ist Nachhaltigkeit ein Lari-Fari-Thema.“

Zivilgesellschaftliche Akteure machen immer wieder die gleiche Erfahrung: Nachhaltige Entwicklung ist als Thema oft nicht „schmackhaft“ für die Politik. Das bedeutet, dass Agenda-Akteure ihre Vorstellungen von nachhaltigem Wachstum nicht an politische Mandatsträger/innen vermitteln können. Häufig reicht die Information zu geplanten und laufenden Projekten nicht aus, um die Mandatsträger/innen mit ins Boot zu holen und sie für das Thema zu begeistern. Dabei spielt in manchen Fällen auch das kompromisslose Auftreten der Agenda-Akteure eine Rolle, die teils ungeübt darin sind, Mehrheiten für Nachhaltigkeitsthemen zu organisieren.

„Unser Hauptproblem als Agenda-Geschäftsstelle ist, dass es heute nur Geld auf Projektbasis gibt.“

Hinter dieser Position steht die folgende Erfahrung: Agenda-Teams und Geschäftsstellen sowie Projekte haben einen latenten Finanzmangel. Hier sehen die meisten Akteure ein wesentliches Problem: Wenn keine ausreichenden Mittel und Ressourcen bereitgestellt werden, steht die Arbeit der Agenda-Akteure auf unsicheren Füßen. So lange Projektarbeit von einer punktuellen Finanzierung abhängt, scheitert oft auch die Motivation der Bürger/innen. Dabei braucht es eine langfristige Arbeit, um den „Boden zu bereiten“ für Themen der Nachhaltigkeit, auch in der breiteren Bürgerschaft. So können Themen vorbereitet und Kapazitäten in der Bürgerschaft aufgebaut werden, die später Politik und Verwaltung zugutekommen.

Hebel und Instrumente: Wie die Integration von Politik- und Nachhaltigkeitsprozessen gelingen kann

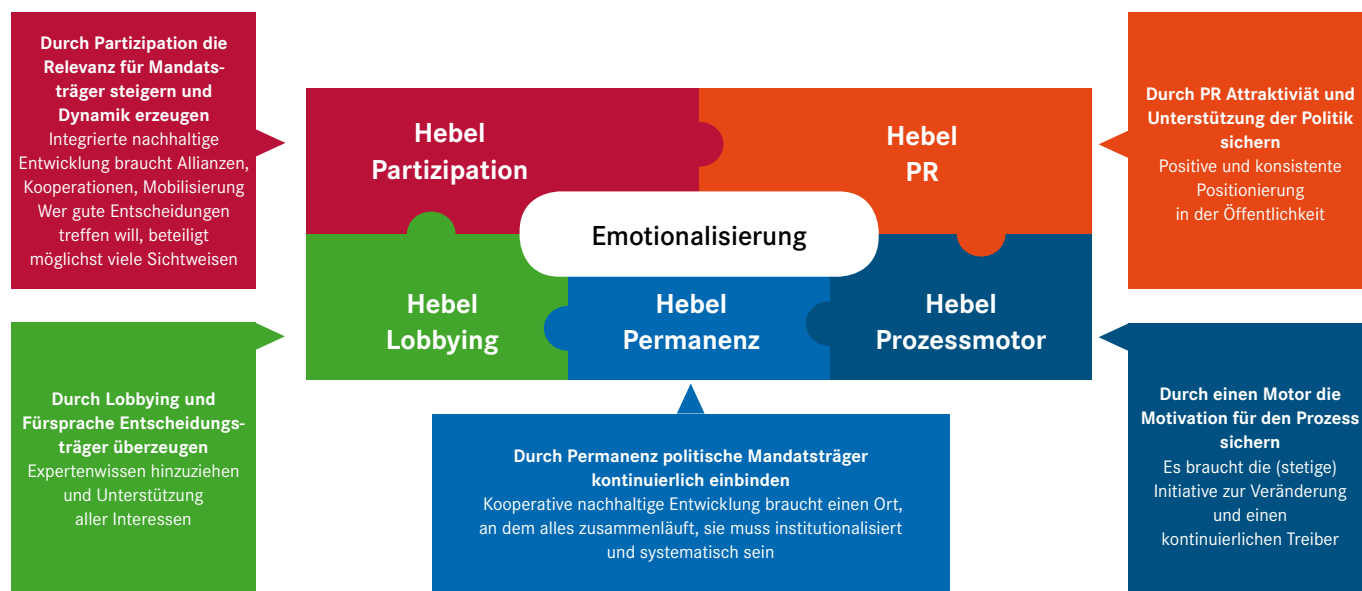
Dynamik erzeugen und Nachhaltigkeitsprozesse steuern - das Hebelmodell für kooperative Veränderungsprozesse

Nachhaltige Entwicklung auf kommunaler Ebene voranzutreiben erfordert, politische, verwaltungsinterne und gesellschaftliche Prozesse mit vielen Beteiligten und unterschiedlichen Interessen am Leitbild nachhaltiger Entwicklung auszurichten und zu verändern.

Ein solch umfassender gesamtgesellschaftlicher Veränderungsprozess kann jedoch nicht verordnet werden, sondern verlangt die Mitwirkung und Akzeptanz der verschiedenen Akteure. Im Zentrum der Betrachtung steht dabei das Zusammenspiel und die Integra-

tion von politischen Mandatsträger/innen, Akteuren der Verwaltung und Zivilgesellschaft. Dafür wird ein Modell mit fünf Hebeln vorgeschlagen.² Die zentrale Botschaft des Hebel-Modells lautet, dass erst das Zusammenwirken der Hebel – Prozessmotor, Permanenz, Partizipation, Lobbying und PR – die gewünschte Dynamik erzeugen kann. Emotionalisierung als sechster Hebel wirkt dabei zwischen den anderen Hebeln (siehe untenstehende Erläuterungen). Weiter ausgestaltet, können mit diesen Hebeln gesellschaftliche Veränderungsprozesse initiiert und gezielt gesteuert, aber auch laufende Prozesse im Hinblick auf Defizite analysiert und nachjustiert werden.

Die folgende Grafik illustriert die zentralen Hebel und ihre jeweilige Funktion – der Fokus liegt auf der Integration von Politik- und Nachhaltigkeitsprozessen.



IFOK-Modell des gesellschaftlichen Wandels

Jeder Hebel wird definiert durch seine Funktionen und kann unterschiedlich eingesetzt werden. In diesem Leitfaden sind die Gestaltungsmöglichkeiten der Hebel jeweils aus der Perspektive der politischen Mandatsträgerin oder des Mandatsträgers, der Verwaltungvertreterin oder des -vertreters und des zivilgesellschaftlichen Agenda-Akteurs beschrieben. Vor allem dort, wo Hebel miteinander kombiniert einge-

setzt und ausgestaltet werden, liegen die zentralen Erfolgsfaktoren. Dies zeigen auch die Erfahrungen der Kommunen. So kann der Eindruck entstehen, die Hebel nicht klar voneinander zu unterscheiden. Wir sind uns dessen bewusst und plädieren umso mehr dafür, das Hebel-Modell individuell anzupassen.

² Das Hebel-Modell basiert auf den Erfahrungen von IFOK bei der Gestaltung von gesellschaftlichem Wandel, speziell dann, wenn Veränderung nicht verordnet werden kann, sondern durch Beteiligungsformen gestaltet werden muss.

Wie die Hebel wirken

Um nachhaltige Entwicklung gemeinsam mit allen Akteuren aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft in Ihrer Kommune voranzubringen, ist ein Motor notwendig. Ohne Motor kommen Nachhaltigkeitsprozesse nicht voran und es fehlt ihnen an Legitimation. Der Motor sichert Ihnen eine stetige Initiative für Veränderung, er ist Visionär, motiviert andere Akteure und ist das „Gesicht des Prozesses“. Üblicherweise sind das Persönlichkeiten, die für eine Sache eintreten. Es können aber auch andere Akteure die Funktion des Motors übernehmen. Motor kann sein die Verwaltungsspitze und der/die Bürgermeister/in, ein formeller/s Beirat oder Forum oder auch Protagonisten/innen eines aktuellen Themas, um das sich Akteure gruppieren.



Auftaktveranstaltung zur Mitwirkung der Öffentlichkeit an der Lärminderungsplanung Norderstedt – ein Modellprojekt

Partizipation und Permanenz sind zwei weitere wichtige Hebel, um gemeinsam erfolgreich nachhaltige Entwicklung zu gestalten. Permanenz richtet sich auf entsprechende Verwaltungsabläufe, feste Stellen und Ressourcen für den Nachhaltigkeitsprozess. Eine Agenda-Geschäftsstelle allein sichert meist keine hinreichende Permanenz, zumal sie in vielen Fällen nur unzureichend und unsicher ausgestattet ist.

Durch Partizipation schaffen Sie Allianzen in Ihrer Kommune. Sie können Bürger/innen in die Gestaltung nachhaltiger Entwicklung einbeziehen, aber auch die Verwaltung mit ihren unterschiedlichen Ressorts. Partizipation mobilisiert zugleich: Gute tragfähige Entscheidungen brauchen Beteiligung. Sie können als Bürgermeister/in oder als Politiker/in oder als Verwaltungsmitarbeiter/in noch so gute Argumente und Botschaften haben. So lange diese nicht mitkommuniziert und mitgetragen werden, verhallen sie. Wichtige Energie bleibt ungenutzt. Um dem entgegenzuwirken, sollten die beiden Hebel Öffentlichkeitsarbeit (PR) und Lobbying/Fürsprache genutzt und mit Partizipation kombiniert werden.

Lobbying und Fürsprache bedeuten dabei vor allem, dass Sie in Ihrer Kommune bei Entscheidungsträgern/innen sowie der Öffentlichkeit für ein Thema werben, Befürworter/innen finden und Expertenwissen hinzuziehen. Öffentlichkeitsarbeit bedeutet, dass Sie darüber reden, was Sie in Ihrer Kommune im Hinblick auf nachhaltige Entwicklung tun, welche Projekte Sie planen und umsetzen, welche Aktivitäten Sie starten.

In dem Hebel-Modell ist Emotionalisierung ein Prinzip, das beim Einsatz eines jeden Hebels berücksichtigt werden sollte. Siehe Exkurs.

Exkurs: Emotionalisierung mit den Hebeln mitdenken

Ohne Emotionen kann nachhaltige Entwicklung kaum gelingen. Dabei ist Emotionalisierung ein Prinzip, das sich in allen Hebeln angemessen wiederfinden sollte. Die Erkenntnis, dass Menschen nicht allein über Fakten, sondern vor allem auch in hohem Maße über Emotionen agieren, wird damit berücksichtigt. Wenn Emotionalisierung vorhanden ist, dann ist mehr „Energie im Raum“, die Identifikation ist größer und mehr Zielgruppen können eingebunden werden.

Bei der Gestaltung des Hebels gilt es zu beachten, dass die rationalen Instrumente ergänzt und lebendig gemacht werden.

Aufschlussreich im Hinblick auf die emotionale Dimension nachhaltiger Entwicklung ist u.a. die Debatte aus der Konsumforschung, in der untersucht wird, wie man Nachhaltigkeit besser vermarkten und an bestimmte Kundenkreise bringen kann. Die Anzahl der möglichen Zielgruppenunterscheidungen ist nahezu unüberschaubar, dennoch ist es instruktiv, sich bspw. mit den gesellschaftlichen Sinus-Milieus³ oder mit verschiedenen emotionalen Typen zu beschäftigen, wie es bspw. der „Limbic-Ansatz“⁴ nahelegt. Der Limbic-Ansatz basiert auf Erkenntnissen der Gehirnforschung und beschreibt, wie ein großer Teil unserer alltäglichen Entscheidungen nicht bewusst im Großhirn gesteuert wird, sondern im wirkungsgeschichtlich älteren limbischen System ihren Ursprung haben. Das limbische System, als die unterbewusste emotionale Ebene, prägt in einem hohen Maß unsere Persönlichkeitsstruktur und nicht zuletzt unser individuelles Verhalten in Veränderungsprozessen. Je nach Ausprägung der drei grundlegenden limbischen Instruktionen Balance, Dominanz und Stimulanz können nach dem Ansatz acht emotionale Persönlichkeitstypen unterschieden werden.

Darüber hinaus zeigen die Erfahrungen der untersuchten Kommunen, dass vor allem zwei Themen im Hinblick auf Emotionalisierung beachtet werden müssen: eine Anerkennungskultur für Aktive zu fördern und – das wird oft unterschätzt – ein positives Bild von einer nachhaltigen Zukunft aufzuzeigen.

Anerkennungskultur aktiv pflegen

Eine Anerkennungskultur unterstützt Motivation und Beteiligung für nachhaltige Entwicklung. Dabei geht es auch darum, Vorhandenes anzuerkennen und nicht zu okkupieren. In Eichstetten am Kaiserstuhl entsteht durch die über Jahre etablierte Anerkennungs- und Wertschätzungskultur eine starke Motivation der aktiven Zivilgesellschaft. Lebendig und authentisch wird diese Wertschätzung aber nur, wenn der Bürgermeister an Auszeichnungen teilnimmt. Die Integration von Politik- und Nachhaltigkeitsprozessen bezieht sich hier ganz praktisch darauf, dass beispielsweise Politiker/innen an Feiern teilnehmen und sich in die dortigen Diskussionen einbringen können.

³ Think Limbic Die Macht des Unbewussten; <http://www.sociovision.de/loesungen/sinus-milieus.html>

⁴ Dr. Hans-Georg Häusel, „Brain View – Warum Kunden kaufen“, Haufe-Verlag, 250 S., ISBN 3448061913.



Eichstetten, Einweihung der Pflegewohngruppe Adlergarten 2008

Das Vorgehen in Eichstetten am Kaiserstuhl gibt praktische Tipps: 1997 ging es in Eichstetten am Kaiserstuhl darum, die Idee einer Seniorenwohnanlage zu verwirklichen. Einfach war das nicht und die Eichstetter/innen haben gelernt, dass es über die Fakten hinaus, die unterschiedlichen Interessen und die real existierenden Bedingungen, um ein Miteinander in der Gemeinde ging. Letztendlich mit ähnlichen Instrumenten, die beim Hebel Partizipation eingesetzt werden, hat Eichstetten am Kaiserstuhl durch bürgerschaftliches Engagement eine hohe Emotionalisierung und vor allem auch Sensibilisierung für Nachhaltigkeitsthemen geschaffen. Bürgerschaftliches Engagement hat in Eichstetten am Kaiserstuhl viele Gesichter, die alle eines gemeinsam haben: Die Eichstetter/innen fühlen sich für ihre Gemeinde verantwortlich und engagieren sich. Anerkennung und Wertschätzung bringen Bürgernähe.

Es liegt auf der Hand: Nachhaltigkeitsprozesse brauchen rationales Handeln. Doch, und das macht die Arbeit in Eichstetten am Kaiserstuhl so erfolgreich, es braucht gleichermaßen Mutmacher, Solidarität und langfristiges Denken, die dabei helfen, gemeinsam Fahrt aufzunehmen.

Positives und realistisches Bild von nachhaltiger Entwicklung zeichnen und spiegeln

Als Nachhaltigkeits-Akteur gilt es, zum einen nicht als Besserwisser/ in aufzutreten und zum anderen möglichst positive Bilder von Nachhaltigkeit aufzuzeigen, Akteure nicht mit Verzichtsrhetorik abzuschrecken. Und ganz wichtig: Holen Sie Nachhaltigkeit aus der „Öko-Ecke“ raus und verbinden Sie es mit Lebensqualität oder Heimat. Das erleichtert es auch Politikern/innen, sich für Nachhaltigkeitsthemen zu engagieren [siehe Lobbying, S. 26 und siehe Partizipation S. 32]. Nachhaltigkeit ist ein Gewinn. Vermitteln Sie Nachhaltigkeit nach dem Motto: „Das nachhaltige Leben ist das eigentlich Schöne.“

Steckbrief Eichstetten

Seit der Grundsatzentscheidung des Gemeinderates zur „Zukunfts-entwicklung unter Einbeziehung der Lokalen Agenda 21“ im Jahr 1998 konnte in der am Kaiserstuhl gelegenen Gemeinde Eichstetten eine Vielzahl beispielhafter Agenda-Projekte umgesetzt werden. Kennzeichnend für die ca. 3.300 Einwohner starke Gemeinde ist die vorbildliche Förderung der Bürgerbeteiligung in verschiedenen Arbeitskreisen und Projektgruppen und im Prozess der Dorfentwicklung. Die Projektstelle „Zukunftsentwicklung“ koordiniert als zentrale Anlaufstelle im Rathaus die Aktivitäten der Agendagruppen und moderiert die verschiedenen Sitzungen.

Schwerpunkte der Projekte liegen im Themenbereich „Demografischer Wandel“ durch Projekte zur Steigerung der Familienfreundlichkeit und der Integration der verschiedenen Generationen in die Dorfgemeinschaft. Die im Jahr 2001 gegründete Stiftung Kaiserstühler Garten widmet sich gezielt der Bewahrung, Erforschung und Förderung der Kulturpflanzenvielfalt in der Region. Auch im Rahmen des Projekts des Landes Baden-Württemberg zur Erhaltung und Entwicklung von Natur und Umwelt (PLENUM) konnten verschiedene Maßnahmen zur Erhaltung der biologischen Vielfalt und zum Schutz der Natur durchgeführt werden (z.B. Kulturlehrpfad, Tourismuskonzept, Gewässerprojekt).

Im Jahr 2009 hat der Rat für Nachhaltige Entwicklung die Kaiserstühler Bürgeraktiengesellschaft Regionalwert AG mit dem neugeschaffenen Preis „Social Entrepreneur der Nachhaltigkeit“ ausgezeichnet. Neben weiteren Auszeichnungen für innovative Projekte im Rahmen der Lokalen Agenda 21 wurde die Gemeinde Eichstetten am Kaiserstuhl 2003 von der Deutschen Umwelthilfe in der Teilnehmerklasse Gemeinden bis 5.000 Einwohner als „Zukunftsfähige Kommune“ ausgezeichnet. Eichstetten am Kaiserstuhl konnte bei dem Wettbewerb durch sein nachhaltiges Dorfentwicklungskonzept, hohes bürgerschaftliches Engagement und ökologische Landwirtschaft insbesondere in den Bereichen „Wohlbefinden“ und „Wirtschaftliche Effizienz“ überzeugen.

Ansprechpartner: Herr Bruder, Bürgermeister,
Kontakt: gemeinde@eichstetten.de



Bürgerdank 2010, Herr Bürgermeister Michael Bruder bei der Ehrung von Jugendlichen für ihr bürgerschaftliches Engagement in Eichstetten am Kaiserstuhl

Durch einen Motor die Motivation für den Prozess sichern

Kurz und knapp

Der Motor liefert Motivation für den Prozess und neue Verhaltensweisen. Er trägt Verantwortung für den Nachhaltigkeitsprozess, übt Druck aus und schafft Anreize zur Beteiligung.

Idealerweise wird die Funktion des Motors von der Verwaltungsspitze, der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister ausgeübt. Darüber hinaus bietet das folgende Kapitel weitere Anregungen, wie der Motor zum Laufen gebracht werden kann, um das Zusammenwirken von Nachhaltigkeits- und Politikprozess zu unterstützen.

Und: Der Motor unterstützt die Integration von Nachhaltigkeits- und Politikprozessen dann besonders effektiv, wenn gleichzeitig Strukturen und Netzwerke aufgebaut, Management- und Beteiligungsprozesse eingeführt werden und ein Ort geschaffen wird, an dem die Fäden zusammenlaufen. [Siehe Permanenz, S. 20]

Engagement an der Verwaltungsspitze sichert Integration

P

Ideal ist es, wenn der/die Bürgermeister/in als Prozessmotor für nachhaltige Entwicklung fungiert und das Thema somit in der Verwaltungsspitze verankert ist. Wie das konkret funktionieren kann, zeigt die Gemeinde Ascha. Denn der Bürgermeister versteht sich als Motor einer nachhaltigen Entwicklung: Er koordiniert die ressortübergreifende Arbeit innerhalb der Verwaltung, ist Ansprechpartner für die Bürger/innen und setzt thematische Schwerpunkte. Zugleich motiviert er wichtige Akteure im Rahmen von Veranstaltungen, initiiert und steuert das Zukunftsforum Ascha und entwickelt Visionen zur Zukunft der Kommune, die in einem konkreten Leitbild münden.

Neben dem Motor in der Verwaltungsspitze, haben die Einwohner/innen Aschas und der Bürgermeister das Zukunftsforum zu einem der wichtigsten Bausteine zur Integration des Politik- und Nachhaltigkeitsprozesses gemacht. Hier findet der Austausch statt, werden Aktivitäten initiiert und Ideen geschmiedet:

- 1) Projektleiter/innen stoßen Ideen auf unterschiedlichen Plattformen an bzw. greifen Ideen der Bürger/innen auf, die
- 2) in das Zukunftsforum gegeben werden, in dem der Bürgermeister und Gemeindevertreter/innen dann
- 3) eine Entscheidung treffen.

Entlang dieser drei Schritte wird in Ascha bspw. auch die Vision „Energieautarkes Ascha“ erarbeitet und umgesetzt.

Als Drehscheibe ist das Forum sowohl bei der aktiven Zivilgesellschaft als auch bei Politikern/innen etabliert und anerkannt und bietet mehr „Schlagkraft“ für gemeinsam gestaltete nachhaltige Entwicklung.



Steckbrief Ascha

Entstanden aus der Überzeugung, zukünftige Herausforderungen aktiv zu gestalten, wurde in der südbayerischen Gemeinde Ascha ein Nachhaltigkeitsprozess begonnen, der sich sowohl stark an internationalen Leitlinien (z.B. Aalborg-Verpflichtungen) als auch an eigenen Zielen orientiert. Im Rahmen der Lokalen Agenda 21 und der Dorferneuerung existiert seit 2000 ein gemeinsames Aktionsprogramm, das zuletzt 2009 fortgeschrieben wurde. Zentrale Institution im kommunalen Nachhaltigkeitsprozess ist das Zukunftsforum unter Leitung des Bürgermeisters. Hier werden Projektvorschläge diskutiert, in drei inhaltlich spezialisierten Fachgruppen weiterentwickelt und im Anschluss auf Basis der Leitlinien beschlossen.

Inhaltliche Schwerpunkte in der Gemeinde Ascha sind die Themen Klimaschutz (z.B. SolarLokal, Heizölfreie Gemeinde) und die Planung der Siedlungs- und Dorfentwicklung (u.a. durch nachhaltiges Flächenmanagement). Aktuell engagiert sich die Gemeinde in der „ILE Nord23“, einem regionalen Zusammenschluss aus 23 Gemeinden zur Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung, sowie für den Ausbau der lokalen Internetbreitbandversorgung.

Im Jahr 2008 erhielt die Gemeinde für ihr vorbildhaftes Konzept zur nachhaltigen Dorfentwicklung den Europäischen Dorferneuerungspreis in der Kategorie „Ganzheitliche, nachhaltige und mottogerechte Dorfentwicklung von herausragender Qualität“. Speziell im Bereich Klimaschutz wurde Ascha von der Deutschen Umweltstiftung mit dem Titel „Klimaschutzkommune 2009“ ausgezeichnet.

Ansprechpartner: Herr Zirngibl,
Bürgermeister der Gemeinde Ascha;
Kontakt: www.ascha.de



Augsburg, Hofgarten im Domviertel



Augsburg, Preisträger Zukunftspreis 2008

Ein Forum als Motor

Ein Forum der aktiven Bürger/innen und Akteure kann als Motor für Nachhaltigkeitsprozesse auf kommunaler Ebene fungieren, ein Bindeglied zwischen ehrenamtlich tätigen Bürger/innen sowie der Stadtverwaltung und Stadtpolitik herstellen und inhaltliche Impulse setzen. Mit dem Forum kommt ein Instrument zum Einsatz, das die Synergien zwischen dem Hebel Motor und Permanenz nutzt.

In Augsburg ist der Beirat eine Triebkraft von Nachhaltigkeit, weil wichtige Institutionen und Persönlichkeiten der Stadtgesellschaft zusammengebracht werden – Akteure, die motiviert sind und andere motivieren können. Heute ist der Beirat ein Sachverständigengremium, das neben einer Beratungs- auch eine Empfehlungsfunktion in Stadtpolitik und -gesellschaft wie auch in die eigenen Institutionen hinein hat. Seit 1997 ist der Beirat neben den Agendaforen und der Agenda-Geschäftsstelle der wichtigste Pfeiler für die Integration von Politik- und Nachhaltigkeitsprozessen.

Politiker/innen über Agendaforen beteiligen

Den Treibstoff für den Motor „Beirat“ liefern die Agendaforen: Hier arbeiten Bürger/innen, Institutionen und z.T. Unternehmen zusammen an der nachhaltigen Entwicklung Augsburgs. Sie planen und setzen konkrete Projekte um, arbeiten mit Fachstellen der Stadtverwaltung zusammen und können über den Agendabeirat Anträge an den Stadtrat stellen. In manchen Agendaforen arbeiten Stadträte/innen mit. Einmal im Jahr findet ein Gespräch zwischen den Sprechern der Agendaforen (Agendateam) und Vertretern der Stadtratsfraktionen statt. Auf diese Weise sind die Politiker/innen direkt in nachhaltige Entwicklung eingebunden und werden Teil des Motors.

Externe Anreize nutzen, um für Nachhaltigkeit zu motivieren

Externe Anreize können Anstoß für kooperatives Handeln für nachhaltige Entwicklung werden: Wettbewerbe oder Modellprojekte auf Bundes- oder Landesebene bieten hier wichtige Chancen, die genutzt werden sollten. Die kommunale Ebene kann durch die Auslobung von (Zukunfts)Preisen wichtige Impulse setzen.

Augsburg setzt neben klaren Strukturen als Motor für die Integration von Nachhaltigkeit und Politik auf einen jährlichen „Zukunftspreis“.

Dies ist ein Anreiz für „Nachhaltigkeitsakteure“, das eigene Tun als Beitrag zur lokalen nachhaltigen Entwicklung zu verstehen, sich zu vernetzen und am laufenden Nachhaltigkeitsprozess zu beteiligen.

Hier wird dem Agendabeirat eine klare Rolle zugeschrieben: Er ist Teil der Jury, die über die Vergabe des Augsburger Zukunftspreises entscheidet. Der Preis erlangte große Aufmerksamkeit. Die Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements ist ein wichtiger Bestandteil von Beteiligung, um die Motivation in den Initiativen hoch zu halten. Für die Auszeichnung verschiedener Projekte hat Augsburg dabei einen Sponsor gefunden, der die Preisgelder übernimmt.



Augsburg, Mitarbeiter/innen der Stadtverwaltung am Nachhaltigkeitsbericht 2010

Steckbrief Augsburg

Angestoßen Mitte der neunziger Jahre auf Initiative der Augsburger Bürger/innen, ist es in der drittgrößten Stadt Bayerns gelungen, Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft gleichermaßen in einen kontinuierlichen Nachhaltigkeitsprozess einzubinden. Zentrales Instrument der zivilgesellschaftlichen Beteiligung sind die Agendaforen. Hier arbeiten sowohl Bürger/innen, Institutionen als auch Unternehmen an der Realisierung konkreter Projekte zur nachhaltigen Entwicklung. Die Foren werden durch die Geschäftsstelle und den Agenda-Beirat unterstützt, der als Vermittler zwischen den Ebenen der Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft operiert. Auf drei Jahre vom Stadtrat berufen, sprechen die Mitglieder des Beirats Empfehlungen an die Foren aus und bringen eigene Initiativen in den Prozess ein. Wichtiges Kommunikationsmittel nach außen ist der „Augsburger Zukunftspreis“. Der Preis schafft Anerkennung und motiviert neue Akteure zu einem Engagement im Bereich der nachhaltigen Entwicklung.

Inhaltliche Schwerpunkte sind in Augsburg die Themen Klimaschutz (Fachforum Energie, Fachforum Verkehr, Ökoprotif Club), sozialer Zusammenhalt (Bürgerstiftung Augsburg, AG Familien-

freundliches Augsburg, Partnerschaft der Generationen, Armutskonferenz) und regionales Wirtschaften (Internetportal, Regionalgeld LechTaler, Solidargemeinschaft Augsburg Netzwerk UNSER LAND). Spezielle Bildungsangebote vermitteln die Themen Klimaschutz in der Stadtbevölkerung (Bildungsnetzwerk „Prima Klima“, NANU – Netzwerk Augsburg für Natur- und Umweltbildung).

Im Wettbewerb „Zukunftsfähige Kommune“ wurde Augsburg von der Deutschen Umwelthilfe in den Jahren 2003 und 2004 als nachhaltige Kommune ausgezeichnet. Augsburg konnte insbesondere bei den Indikatoren in den Bereichen „Wirtschaftliche Effizienz“ und „Umwelt- und Ressourceneffizienz“ punkten. Darüber hinaus wurde Augsburg im Jahr 2009 im Rahmen der Initiative „Kommunaler Klimaschutz“ vom Bundesumweltministerium für eine vorbildliche Marketingkampagne zugunsten eines umfassenden Informations- und Beratungsangebotes für private Hausbesitzer ausgezeichnet. Seit Juli 2010 erfüllt Augsburg die Kriterien der deutschen Fairtrade-Initiative und ist offizielle Fairtrade-Stadt.

Ansprechpartner: Herr Dr. Stamm,
Geschäftsstelle Lokale Agenda 21/Umweltamt Augsburg,
Kontakt: agenda@augzburg.de

Aktueller Lösungsbedarf und Konflikte sind Chancen für die Politik

Motor für Kooperation können auch aktuell anstehende Probleme sein, die gelöst werden müssen. Voraussetzung ist, dass die übergreifenden Fragen der nachhaltigen Entwicklung an diesem Beispiel deutlich gemacht werden und aufgezeigt wird, wie durch einen integrierten Ansatz das Problem besser gelöst werden kann. Gerade konfliktbesetzte Themen können als Anstoß wirken, um das konkrete Problem gemeinsam mit der Politik zu lösen und gleichzeitig langfristige Strategien zu entwickeln.

Hierfür ist neben Aachen [Steckbrief Aachen siehe S. 30] auch Dresden ein Beispiel. Dort wurde die - drohende - Einführung der Umweltzone genutzt, um für die Kommune integrative Lösungen in Kooperation mit den unterschiedlichen Akteuren zu entwickeln. Dabei wurde nicht nur das Emissions- sondern auch das Lärm- und das (Park)Raumproblem in einem Paket adressiert und ein Mehrwert für viele verschiedene Bereiche (u.a. Fläche, Lärm, Gesundheit attraktive Stadträume) geschaffen [siehe den Hebel Lobbying/Fürsprache S. 26].

Dass es nicht immer der/die Bürgermeister/in sein muss, der/die als Treiber von Nachhaltigkeit in Kommunen aktiv ist, zeigen die Erfahrungen in Dresden. Im Lokalen Agenda-Verein der Stadt sind sowohl Mandatsträger/innen als auch Vertreter/innen der Verwaltung und der Bürgerschaft versammelt, die sich gemeinsam als Motor für Nachhaltigkeit in Dresden sehen. Der Vorteil dieses Motors besteht darin, dass zugleich andere Hebel, wie Öffentlichkeitsarbeit und Partizipation, in Gang gesetzt werden.

In der Praxis wird so durch zahlreiche Veranstaltungen und Initiativen Bewusstsein für das Anliegen einer nachhaltigen Entwicklung geschaffen, denn das ist ein wichtiger Grundstein für gemeinsam getragene zukunftsfähige Lösungen. Dazu gehören beispielsweise das Dresdner Zukunftsfest, Dialogreihen zu verschiedenen Themen und der Wettbewerb Agenda 21, mit dem das Engagement für eine nachhaltige Entwicklung gewürdigt wird und beispielhafte Projekte bekannt gemacht werden.



Dresden, Klima-Lauf für Jedermann 2007



Dresden, Veranstaltung initiiert von der Lokalen Agenda zur nachhaltigen Stadtentwicklung

Steckbrief Dresden

Schon vor Gründung des Lokalen Agenda Vereins 1998 hat sich die Stadt Dresden zu einer nachhaltigen Entwicklung verpflichtet. Im Jahr 1994 trat die Stadt dem „Klimabündnis der europäischen Städte zur Erhaltung der Erdatmosphäre“ bei und unterzeichnete ein Jahr später die Aalborg-Charta um den Auftrag des Rio-Erdgipfels zur Erreichung nachhaltiger Entwicklung zu erfüllen.

Kennzeichnend für den lokalen Agendaprozess ist die Mitgliedschaft von Vertretern/innen aus Politik, Verwaltung und Bürgerschaft. Im Vorstand des Vereins sind u.a. neben der Oberbürgermeisterin auch Geschäftsführer städtischer Unternehmen und Kultureinrichtungen vertreten, die sich um die Vermittlungen zwischen Bürgerschaft, Unternehmen und Verwaltung bemühen.

Die Arbeit des Vereins „Lokale Agenda für Dresden“ konzentriert sich zurzeit auf die Themen Klima und Energie sowie Bildung für nachhaltige Entwicklung (Zukunftsschule Agenda 21). Dabei sind in den letzten Jahren zahlreiche Projekte wie die Zukunftsschule Dresden und das Bürgerkraftwerk initiiert worden. Projekte der Verwaltung liegen vor allem im Bereich Klimaschutz und Umweltschutz (z.B. Ökoprofit, EcoBudget, Öko-Audit) sowie Klimaanpassung (z.B. Regionales Klimaanpassungsprogramm Modellregion Dresden REGKLAM). Als Mitglied im europäischen WHO-Netzwerk „Gesunde Städte“ ist die Stadt Dresden auch im Bereich der gesundheitlichen Förderung aktiv.

Ansprechpartner: Herr Hermann, Stadtplanungsamt,
Kontakt: stadtplanungsamt@dresden.de

Durch Permanenz politische Mandatsträger/innen kontinuierlich einbinden

Kurz und knapp

Der Hebel Permanenz zielt darauf, die Fäden für nachhaltige Entwicklung dauerhaft und an einem Ort zu bündeln. Wenn keine permanenten Strukturen, kein übergreifender Prozess vorhanden sind, bleibt es bei unverbundenen Einzelmaßnahmen, Orientierung und eine gemeinsame Anlaufstelle fehlen.

Permanenz kann erreicht werden durch die Einrichtung einer Stabsstelle (bei dem/der Oberbürgermeister/in) für nachhaltige Entwicklung sowie durch einen entsprechend integrativen Zuschnitt der Ressorts.

Weitere Elemente können sein: „Nachhaltigkeits-/Zukunfts-Foren“ mit Akteuren aus Verwaltung und Gesellschaft, die gemeinsam die Umsetzung von Leitlinien und Strategien vorantreiben. Hier sollten politische Mandatsträger/innen einbezogen werden.

Ferner können Gremien wie ein Agenda-Lenkungskreis bzw. ein Agenda-Beirat [siehe Prozessmotor] Permanenz sichern. Mitgedacht werden müssen die Ausstattung der Gremien. Außerdem können Indikatoren und Leitbilder, sofern sie mit Strukturen verknüpft sind, ein wirkungsvolles Ausgestaltungsformat des Hebels Permanenz sein.

Die Vorteile von Permanenz für politische Mandatsträger/innen bestehen darin, dass bessere Entscheidungsvorlagen entwickelt werden können, und dass Strukturen für ein strategisches Management gegeben sind.

Für die Verwaltung ermöglicht Permanenz ressortübergreifendes Arbeiten und Orientierung, während die Zivilgesellschaft von dem Hebel profitiert, weil Ansprechpartner/innen klar benannt sind und weil die Komplexität von Nachhaltigkeit reduziert wird.

Parteiübergreifende koordinierte Gremienstruktur schaffen

Ende 1997 stellten die Solinger/innen die organisatorischen Weichen für integrierte nachhaltige Entwicklung: Sie starteten einen auf die Umsetzung konkreter Beispielprojekte ausgerichteten Prozess. Dabei ist es Solingen in den Folgejahren gelungen, den Prozess strategisch und konzeptionell weiter auszubauen sowie eine bereits vorhandene Lenkungsgruppe zum parteiübergreifenden „Agenda-

Team“ weiterzuentwickeln. Dieses Gremium begleitet, neben der Beratung und Vorabstimmung von Projekten, insbesondere die Arbeit der Agenda-Geschäftsstelle.

Zugleich bereitet das Agenda-Team neue Handlungsansätze für die weitere Entscheidungsfindung (z.B. in den politischen Ausschüssen, im Verwaltungsvorstand) vor. Schirmherr – und da überschneiden sich die Hebel Prozessmotor und Permanenz – ist der Solinger Oberbürgermeister. Sprecherin des Agenda-Teams ist zudem die erste Bürgermeisterin (Solingen hat als Großstadt einen Oberbürgermeister und zwei Bürgermeisterinnen). Durch diese Strukturen ist der Politikprozess, speziell die Ausschüsse, direkt in den Nachhaltigkeitsprozess eingebunden, und bringt wichtige Impulse in den Prozess ein.

Systematische Schnittstellen für Politik und Zivilgesellschaft einrichten

Das Agenda-Team ist das Gremium für nachhaltige Entwicklung und zugleich die Schnittstelle für Zivilgesellschaft und Politiker/innen. Im Team sind vertreten: jeweils ein/e Vertreter/innen der Solinger Parteien mit Fraktionsstatus sowie jeweils ein/e Vertreter/in der vier Handlungsbereiche (Ökonomie, Ökologie, Soziales, Globales) und des Jugendstadtrates. Viermal jährlich trifft sich das Team.

Die einzelnen Projekte aus den Arbeitskreisen, Foren, Verwaltung, Einrichtungen und Unternehmen wurden mit Hilfe eines Nachhaltigkeitsberichtes (u.a. anhand von Indikatoren) erfasst und in Zusammenhang gebracht. Daran anknüpfend wurde ein Aktionsprogramm mit über 30 Leitprojekten entwickelt und umgesetzt (2009/2010 bereits zum ersten Mal fortgeschrieben). Die Einzelschritte dazu wurden mit dem Agenda-Team vorbereitet, ebenso ist es kontinuierlich in die Umsetzung einbezogen.

Zur Vertiefung finden Sie Prozessgrafiken zum Agenda 21-Prozess im Serviceteil S. 45.

Als Teil der aufgebauten Strukturen finden zur Entwicklung und Umsetzung von Projekten und strategischen Programmen große öffentliche Veranstaltungen (z.B. Workshops, Aktionskonferenzen) statt, die durch eine breite Mitwirkung von Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung gekennzeichnet sind. So haben in Workshops Bürger/innen, Vereine, Einrichtungen, Unternehmen, Politik und Verwaltung gemeinsam Nachhaltigkeitsindikatoren für Solingen ausgewählt und die darauf aufbauende Bestandsaufnahme gemeinsam bewertet.

Solingen hat die Erfahrung gemacht, dass der Aufbau klarer Strukturen Anknüpfungspunkte sowohl für die Verwaltung, die Zivilgesellschaft als auch den Politikprozess einschließen muss. Es gilt, Aufgaben so aufzuteilen, dass jeder Akteur seine Stärken einbringen und sich letztendlich auf die Inhalte und nicht den Prozess konzentrieren kann – und zwar über herkömmliche Ressortlogiken hinaus. Nach wie vor verfolgt Solingen also das Ziel, mit der lokalen Agenda-Arbeit konsensorientiert inhaltliche Schwerpunkte zu setzen.



Solingen, Sprecherin und stellvertretender Sprecher des Agenda-Teams präsentieren die Klimaschutz-Flagge

Leitbildentwicklung und Indikatoren als Anknüpfungspunkte für Politik

Die Arbeit mit Leitbildern und Indikatoren ermöglicht nicht nur, die ökonomische, ökologische und soziale Dimension von Nachhaltigkeit zusammenhängend zu bearbeiten, sondern bietet auch konkrete Anknüpfungspunkte für Politiker/innen. Wichtig ist, so die Erfahrung einiger Kommunen, die Indikatoren kritisch zu diskutieren, zu überprüfen und ggf. zu korrigieren um tatsächlich nachhaltige Entwicklung gemeinsam zu gestalten und nicht einer kurzfristig erfolgreichen Idee aufzusitzen.

Die Indikatoren aus dem Nachhaltigkeitsbericht bilden zudem wichtige Bezugspunkte für das Aktionsprogramm mit seinen umsetzungsorientierten Leitprojekten. Gleichzeitig wurde beispielhaft erprobt, wie Nachhaltigkeitsindikatoren in die strategische Steuerung der Stadt Solingen integriert werden können. Beim Aufbau dieser Strukturen hat ein Beratungsbüro als externe Moderation eine wichtige Rolle gespielt, das dank der Förderung des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz NRW den Solinger Akteuren zur Seite stand.

Steckbrief Solingen

In einer Vielzahl beispielhafter Projekte im Rahmen der Lokalen Agenda 21 engagiert sich Solingen für eine nachhaltige Stadtentwicklung. Ein überparteilicher Lenkungskreis (Agenda-Team) unter Vorsitz der ehrenamtlich tätigen Bürgermeisterin Solingens begleitet die Projektarbeit und steuert die Weiterentwicklung der lokalen Nachhaltigkeits-Agenda. Der Oberbürgermeister (in NRW hauptamtliche Spitze von Verwaltung und Politik) ist Schirmherr des lokalen Agenda-Prozesses. Er steht zusammen mit dem ersten Beigeordneten (Stellvertreter des Oberbürgermeisters) als zentraler Ansprechpartner bereit, zwischen den verschiedenen Akteuren der Stadtgesellschaft zu vermitteln. Damit ist das Thema auch in der Verwaltungsspitze vertreten. Mit dem „Aktionsprogramm Nachhaltige Entwicklung“ wurde 2010 die lokale Agenda Solingens mit bestehenden und neuen Projekten fortgeschrieben. Die Projekte haben einen überwiegend kurz- und mittelfristigen Zeitrahmen und erreichen trotz schwieriger Haushaltslage zeitnahe Fortschritte bei der Nachhaltigkeit.

Seit dem Jahr 2003 nimmt die Stadt Solingen am Zertifizierungs- und Managementverfahren des European Energy Award teil und wurde zuletzt 2009 erfolgreich rezertifiziert. Im Jahr 2009 wurde die Stadt Solingen für ihr „Aktionsprogramm Nachhaltige Entwicklung“ mit dem deutschen lokalen Nachhaltigkeitspreis Zeitzeiche(N) ausgezeichnet. Im Bereich Integration von Zuwanderern wurde Solingen 2005 mit dem deutschen Integrationspreis des Bundesinnenministeriums und der Bertelsmann-Stiftung ausgezeichnet.

Ansprechpartnerin: Frau Bischoff, Agenda-Geschäftsstelle,
Kontakt: www.solingen.de/agenda21



Eindrücke aus Solingen

Nachhaltigkeit als überparteiliche Querschnittsaufgabe

Die Stadt Freiburg hat nach der Unterzeichnung der Aalborgbeschlüsse Ende 2006 mit Hilfe eines Beirats den Hebel Permanenz beispielhaft und gut nachvollziehbar ausgestaltet: Die Verantwortung für die Organisation der Umsetzung der Beschlüsse lag direkt bei dem dem Oberbürgermeister der Stadt zugeordneten Planungsreferat. Mit dem Freiburger „Nachhaltigkeitsbeirat“ (tagt zweimal jährlich) hat sich der Gemeinderat ein Beratergremium geschaffen, das die Umsetzung begleitet und Rückmeldung an die Verwaltung gibt – sowohl zum Prozess als auch zu inhaltlichen Fragen.

Der „Nachhaltigkeitsbeirat“ setzt sich aus zehn Experten/innen zu den zehn Themenbereichen der Aalborgbeschlüsse zusammen. Hinzu kommen acht Vertreter/innen lokaler Nachhaltigkeitsinitiativen, acht leitende Kommunalbeamtinnen und -beamte, die zugleich die ressortübergreifende Steuerungsgruppe innerhalb der Verwaltung bilden und zehn Vertreterinnen und Vertreter des Gemeinderats (alle Fraktionen). Der Oberbürgermeister leitet die Sitzungen.

Steckbrief Freiburg

Die Stadt Freiburg präsentiert sich unter dem Titel „Green City“ als Vorreiter im Bereich der nachhaltigen Entwicklung. Es gibt kaum ein politisches Handlungsfeld, in dem der Nachhaltigkeitsgedanke von Politik und Verwaltung nicht mitgedacht wird. Auch in der Breite der Stadtgesellschaft ist das Konzept der Nachhaltigkeit angekommen und wird durch ein vielfältiges Engagement im Rahmen der lokalen Agenda mitgetragen. Ein wichtiges organisatorisches Verbindungselement zwischen Bürgerschaft, Agenda-Gruppen und Stadtverwaltung ist der Nachhaltigkeitsrat. Der Rat soll dazu dienen, Innovationspotenziale zu bündeln, Vordenker und Multiplikatoren nachhaltiger Konzepte zusammenzuführen sowie Gemeinderat und Stadtverwaltung bei der Umsetzung der Aalborg Commitments zu beraten. Thematische Schwerpunkte der Bemühungen im Bereich Nachhaltigkeit sind die Bereiche Klimaschutz und -anpassung (Freiburg Green City, SolarRegion Freiburg, CO₂LIBRI-Klimakampagne). Auch in der Umweltbildung und im städtischen Boden- und Gewässerschutzkonzept spielt Nachhaltigkeit eine wichtige Rolle. In jüngster Zeit ist Freiburg durch die Einführung eines Bürgerhaushalts auch im Bereich nachhaltiger Finanzpolitik aktiv geworden. Der Freiburger Stadtteil Vauban wurde auf der diesjährigen Expo in Shanghai als Modellprojekt für einen nachhaltigen Städteumbau präsentiert.

Im Wettbewerb „Zukunftsfähige Kommune“ der Deutschen Umwelthilfe belegte Freiburg 2004 den ersten Platz in der Teilnehmerklasse über 100.000 Einwohner. Freiburg erzielte insbesondere in den Bereichen „Wirtschaftliche Effizienz“ und „Umwelt- und Ressourceneffizienz“ hohe Bewertungen und konnte u.a. durch sein gutes Nahverkehrskonzept überzeugen.

Ansprechpartner: Herr Dr. Wörner, Umweltschutzamt,
Kontakt: umweltschutzamt@stadt.freiburg.de



Freiburg

Klare Orientierung für die Politik und strategisches Management ermöglichen

Innovative Abläufe und Strukturen kennzeichnen die Integration von Politik- und Nachhaltigkeitsprozessen. Diesem Maßstab folgend hat die Ludwigsburger Verwaltung flexible Managementabläufe geschaffen: Bestandsaufnahme – Vorbereitung der Themen – Beschlüsse – Umsetzung – Evaluierung – Aktualisierung der Bestandsaufnahme.

Gute Erfahrungen haben die Ludwigsburger/innen damit gemacht, die Verwaltung als zentrale Steuerungsstelle in diesen Abläufen zu stärken, um bedarfsgerecht und innovativ zu bleiben. Es entsteht ein Managementkreislauf, der nachhaltige Entwicklung zu einem roten Faden für die Alltagsarbeit macht und für Mandatsträger/innen sowie zivilgesellschaftliche Akteure klare Anknüpfungspunkte bietet sowie die Überprüfung von Projekten auf ihre Nachhaltigkeit hin unterstützt. Am konkreten Projekt festgemacht: Der Stadtentwicklungsplan und seine Masterpläne in Ludwigsburg bilden sich durch den Managementkreislauf in allen Ressorts ab und verknüpfen so nachhaltige Entwicklung mit Haushaltsfragen.

Für die Integration von Politik und nachhaltiger Entwicklung in Ludwigsburg bringt der Managementkreislauf gleich mehrere Vorteile: Erstens wird das Thema Nachhaltigkeit in handhabbare Fragen und Felder aufgebrochen, mit denen die Mandatsträgerin oder der Mandatsträger einen klaren Bezug zu aktuellen Problemlagen herstellen kann. Zweitens, so die Erfahrung der Ludwigsburger/innen, können wichtige Themen aus den Ausschüssen und Ressorts in die Diskussion zu nachhaltiger Entwicklung einfließen, und zwar direkt durch die Politikerinnen und Politiker selbst. Drittens stehen Masterpläne mit dem Managementkreislauf für eine effektive Bearbeitung und Zusammenarbeit zwischen allen Akteuren, was wiederum insgesamt motiviert und speziell bei der aktiven Zivilgesellschaft nicht den Eindruck entstehen lässt, es würden Ressourcen verschwendet.

Steckbrief Ludwigsburg

Der Nachhaltigkeitsprozess in Ludwigsburg ist eng an die Planung zur langfristigen Stadtentwicklung geknüpft. Unter starker Beteiligung der Stadtgesellschaft wurden in Zusammenarbeit von Gemeinderat, Bürger/innen sowie Verwaltung auf mehreren Zukunftskonferenzen (2004-2006) Ziele und Themenfelder eines städtischen Zukunftsprogramms identifiziert und im Stadtentwicklungskonzept (SEK) verankert. Nach einer ersten Umsetzungsphase bis 2009 wurden die identifizierten Ziele in einer weiteren Zukunftskonferenz weiterentwickelt und die Masterpläne in den einzelnen Themenfeldern von der Verwaltung überarbeitet. Um eine Abbildung des Stadtentwicklungskonzepts in allen Verwaltungsressorts zu gewährleisten, koordiniert das Referat für nachhaltige Stadtentwicklung unter Leitung des Oberbürgermeisters die Umsetzung und Weiterentwicklung des Programms.

Themenschwerpunkte im Stadtentwicklungskonzept sind die Themen Energie, nachhaltige Flächennutzung, demografischer Wandel und soziale Integration. Seit 2006 berät eine Energieagentur im Landkreis Ludwigsburg Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen zu den Themen Energieeffizienz und ökologisches Gebäudemanagement. Daneben wurde 2009 auf Initiative der Stadt Ludwigsburg ein regionales Kompetenzzentrum für Energie, Klimaschutz und Ökodesign („Energitikom“) gegründet, das den Wissenstransfer im Bereich Energie und Klimaschutz fördern soll.

Im Jahr 2008 wurde die Stadt Ludwigsburg für ihr seit 2004 bestehendes „Stadtentwicklungskonzept“ mit dem Deutschen Lokalen Nachhaltigkeitspreis Zeitzeiche(N) des Netzwerk-21-Kongresses ausgezeichnet.

Ansprechpartner: Herr Geiger, Referat Nachhaltige Stadtentwicklung,
Kontakt: stadtentwicklung@ludwigsburg.de

Zielvorgaben durch Politik überprüfen lassen

Mit dem Stadtentwicklungsplan Heidelberg 2015, Heidelbergs Lokaler Agenda, bekennt sich die Kommune zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung (sozial verantwortlich, umweltverträglich und wirtschaftlich erfolgreich). Damit hat sich die Heidelberger Kommunalpolitik auf die nachhaltige Entwicklung als zentrale Strategie festgelegt. In der Praxis werden alle Informations- und Beschlussvorlagen vor der Beratung und Entscheidung im Gemeinderat anhand der Ziele des Stadtentwicklungsplanes geprüft und beurteilt. Dadurch wird den Mitgliedern des Gemeinderates die Möglichkeit gegeben, das Ergebnis dieser Nachhaltigkeitsprüfung in ihre Entscheidung einzubeziehen. Hier gibt es also einen direkten Anknüpfungspunkt für politische Mandatsträger/innen und Mandatsträger. Die Ämter sind seit 2005 dazu verpflichtet, alle wichtigen Beschluss- und Informationsvorlagen daraufhin zu überprüfen, ob sie in Einklang oder im Widerspruch mit den Zielen des Stadtentwicklungsplans stehen.



Energiekarawane mit Heidelberger E-Team-Schulen 2009

Nachhaltigkeitsberichte schaffen Gesprächsanlässe mit Politik

Ein weiteres Gestaltungsmittel sind Masterpläne und Nachhaltigkeitsberichte, die idealerweise durch das Amt für Statistik als zentrale Controllingstelle erstellt werden sollten. Diese Berichte werden in Gremien vorgestellt und durch den Gemeinderat verabschiedet. Auf diese Weise machen sie nachhaltige Entwicklung für Politiker/innen transparent, dokumentieren Erfolge und offene Baustellen. Sie unterstützen, dass Politiker/innen Themen für sich entdecken und besetzen.

Darüber hinaus können sie an andere Kommunen verschickt werden, um den Austausch zu fördern: daraus entstehen u.a. konkrete Projektideen. Idealerweise sollten, wie die Erfahrungen in Heidelberg und Nürnberg zeigen, die kommunalen Nachhaltigkeitsberichtssysteme in Form von regelmäßigen Lage- und Controllingberichten auf den erstellten Indikatoren basieren. Durch dieses Vorgehen wird eine problem-, empfänger- und entscheidungsorientierte Aufbereitung relevanter Informationen für die Nachhaltigkeitsberichterstattung möglich.

Dabei werden sowohl die Stärken als auch der Handlungsbedarf für alle Akteure – speziell für die Politik – deutlich und nachvollziehbar. Im Umsetzungsbericht des Stadtentwicklungsplans 2015 blickt Heidelberg kritisch auf das Erreichte zurück. Die regelmäßigen Nachhaltigkeitsberichte als indikatorengestützte Erfolgskontrolle zeigen, wie intensiv die gesamte Stadtverwaltung daran arbeitet, in allen Bereichen konsequent eine nachhaltige Entwicklung umzusetzen. Unabhängig von einer positiven oder negativen Bilanz, ist diese Form der Planung und Berichterstattung ein zentraler Pfeiler, der Permanenz sichert.

Und: Die Berichte liefern einen Anlass, um mit Mandatsträger/innen kontinuierlich in das Gespräch über nachhaltige Entwicklung vor Ort zu treten.

Steckbrief Heidelberg

Der Stadtentwicklungsplan Heidelberg 2010 wurde 1997 nach intensiver öffentlicher Diskussion vom Gemeinderat mit großer Mehrheit beschlossen. Er stellt das zentrale programmatische Leitbild der Stadt Heidelberg dar, die damit zu den ersten in Deutschland zählt, die über eine Lokale Agenda 21 verfügen. In seiner aktuellen Fortschreibung läuft der Plan bis zum Jahr 2015. Die praktische Umsetzung des Plans wird durch eine Nachhaltigkeitsprüfung aller städtischen Vorhaben im Gemeinderat gewährleistet. In regelmäßigen Berichten überprüft das Amt Stadtentwicklung und Statistik den Fortschritt bei der Erfüllung der Nachhaltigkeitsziele mittels Indikatoren. In den städtischen Gremien und im Gemeinderat wird der Nachhaltigkeitsbericht auf höchster Ebene vorgestellt. Um die Maßnahmen und Aktivitäten im Bereich Nachhaltigkeit der breiten Öffentlichkeit vorzustellen, finden alle zwei Jahre die Agenda-Tage statt, die mit vielen Einzelveranstaltungen die Bürgerinnen und Bürger zum Thema Nachhaltigkeit informieren.

In seiner Funktion als Heidelbergs lokale Agenda fließen im Stadtentwicklungsplan (STEP) alle kommunalpolitisch wichtigen Zielbereiche zusammen. Überall wird auf die Gleichwertigkeit der drei Ziele „Soziale Verantwortung“, „Umweltverträglichkeit“ und „Wirtschaftlicher Erfolg“ hingewiesen und geachtet. Eine aktive Beteiligung von Bürger/innen am Diskussions- und Entscheidungsprozess ist ein wichtiges Querschnittsanliegen. Inhaltliche Schwerpunkte sind in Heidelberg zurzeit neben Klimaschutz und -anpassung die Prävention von Armut und Ausgrenzung und die Entwicklung eines neuen Stadtteils auf vorgenutzten Flächen nach den Nachhaltigkeitskriterien. Zudem geht es darum, stetig Nachhaltigkeitskriterien in der Verwaltung (Planung, Beschaffung) als auch in der Privatwirtschaft (z.B. im Modellprojekt: Nachhaltiges Wirtschaften für kleine und mittelständische Unternehmen) zu verankern. Im Jahr 2010 liegt ein besonderer Fokus der Aktivitäten des städ-

tischen Agendabüros auf der Bildung für nachhaltige Entwicklung mit den Themen fairer Handel und nachhaltiger Konsum.

Die Stadt Heidelberg wurde für ihr umfassendes Konzept im Bereich der Bildung für Nachhaltigkeit wiederholt als Kommune der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung ausgezeichnet. Seit dem Jahr 2010 erfüllt Heidelberg zudem die Kriterien zur Förderung nachhaltigen Konsums der deutschen Fairtrade-Initiative und ist offizielle Fairtrade-Stadt. Im Bereich Klimaschutz wurde Heidelberg mit dem deutschen Solarpreis (2005) und dem Klimaschutzpreis der internationalen Organisation „The Climate Group“ (2005) ausgezeichnet. Bereits 2003 wurde Heidelberg für seine Anstrengungen im Bereich der Nachhaltigkeit mit dem „European Sustainable City Award“ der Kampagne Zukunftsbeständiger Städte und Gemeinden in Europa (ESCT) ausgezeichnet.

Ansprechpartnerin: Frau Lachenicht, Agenda-Büro,
Kontakt: agenda-buero@heidelberg.de



Heidelberg, E-Team und PV-Anlage auf dem Helmholtzgymnasium

Steckbrief: Nürnberg

Nachhaltigkeit hat in Nürnberg bereits seit vielen Jahren Tradition. Zentrales Instrument der Verwaltung im Nachhaltigkeitsprozess sind die regelmäßigen Nachhaltigkeitsberichte des Amts für Statistik, die durch

eine umfangreiche Liste an Einzelindikatoren Fortschritte bei der Erreichung der Nachhaltigkeitsziele überprüfbar machen.

Neben den Berichten als wichtiges Kommunikationsmittel nach innen und außen, veranstaltet die Stadt Nürnberg mehrmals jährlich die „Nürnberger Streitgespräche“. Die Gespräche bieten einen festen Rahmen für eine regelmäßige Diskussion von Nachhaltigkeitsthemen in der Öffentlichkeit und einen Anknüpfungspunkt für Politiker/innen.

Als Vorreiter im Bereich Klimaschutz engagiert sich die Stadt Nürnberg (z.B. „Nürnberg – intelligent mobil“, 100 % Ökostrom-Stadtverwaltung, Klimaschutzfahrplan 2010 – 2020). Gegenwärtig ist geplant, das Nachhaltigkeits-Monitoring beim Amt für Stadtforschung aufzubauen und weiter zu verbessern sowie einen übergreifenden Masterplan für nachhaltige Entwicklung zu erstellen.

Ansprechpartnerin: Frau Dr. Schimmack, Umweltreferat,
Kontakt: umweltreferat@stadt.nuernberg.de



Langfristige Unterstützung der Politik gewinnen

Leitbildentwicklung entfaltet dann langfristige Wirkung, wenn sie mit übergreifenden Strukturen oder Gremien zusammengedacht wird. Wie dies in der Praxis gestaltet werden kann, zeigen bspw. Kaiserslautern und Augsburg.

Bereits im März 1998 wurde mit Stadtratsbeschluss in Kaiserslautern der Zukunftsbeirat als beratendes Gremium des Rates initiiert. Zum Aufgabenbereich des Beirats gehörte als erstes die Erstellung des Leitbildes 2000, das nach Empfehlung durch den Zukunftsbeirat im Dezember 2000 vom Stadtrat beschlossen wurde. Letztendlich, und hier zeigt sich das Zusammenspiel von Leitbildentwicklung und Strukturen, bildet das partizipativ erarbeitete Leitbild 2000 die Grundlage für die aktuelle Umsetzung nachhaltiger Entwicklung und die angestoßene Zukunftsinitiative 2020.

Der Beirat ist sowohl in Kaiserslautern als auch in Augsburg das übergreifende Gremium und stellt dadurch auch eine übergreifende Struktur dar für die gemeinsame Leitbildentwicklung. Er ist der Ort, an dem die Fäden zusammenlaufen, hier werden die Kräfte gebündelt und Synergien genutzt, deren Wirkung ansonsten verpuffen würde (z.B. Überschneidungen zwischen Klimaschutzkonzept, Leitbild oder Nachhaltigkeitsindikatoren).

Leitbilder, die im Rahmen übergreifender Strukturen entwickelt werden, bieten aber auch Klarheit für die Politik. Entstehungsprozess und Inhalte werden transparent und können in Gesprächen mit Ratsfraktionen diskutiert werden. Im Ergebnis können sich Politiker/innen an der Leitbildentwicklung viel konkreter beteiligen. So fanden in Kaiserslautern frühzeitig Gespräche mit den Ratsfraktionen statt, in denen Agenda-Akteure und Verwaltung über anstehende Schritte bei der Leitbildentwicklung informiert haben oder offen waren für Anregungen aus der Politik. Orientiert haben sich die Akteure in Kaiserslautern dabei auch an den Aalborg+10-Verpflichtungen [siehe Service-Teil]. Sie haben mit diesem Vorgehen die Unterstützung der politischen Mandatsträger/innen gewonnen.



Foto Stadt Kaiserslautern

Steckbrief Kaiserslautern

Kaiserslautern hat sich schon früh international (z.B. Klimabündnis, Covenant of Mayors) und lokal zu einer nachhaltigen Entwicklung der Stadt verpflichtet. Nach dem Grundsatzbeschluss über die Einführung einer Lokalen Agenda 21 im Jahr 1996 hat Kaiserslautern 2000 als erste Stadt in Rheinland-Pfalz ein Leitbild mit Maßnahmen für eine nachhaltige Entwicklung der Stadt beschlossen. Im Rahmen der Zukunftsinitiative 2020 wurde dieses Leitbild zuletzt 2009 im Zukunftsbeirat verabschiedet und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt. Thematische Schwerpunkte und Ideen für zukünftige Projekte wurden parallel in Projektgruppen diskutiert. Im gleichen Jahr hat sich Kaiserslautern zu den Aalborg+10-Verpflichtungen bekannt. Die Stadt arbeitet gegenwärtig an der Erstellung eines Berichts zum Stand der lokalen Nachhaltigkeit in Kaiserslautern.

Neben dem Schwerpunkt auf Klimaschutz (Klimabündnis, Covenant of Mayors, Ziel Null-Emissionen-Stadt) und Energie (Solarstadt 2004) sind im Leitbild der Stadt weitere Schlüsselthemen der Nachhaltigkeit verankert. Hierzu zählen u.a. die nachhaltige Planung und Nutzung der städtischen Flächen und Räume.

Ansprechpartner: Herr Dr. Kremer, Referat Umweltschutz,
E-Mail: stefan.kremer@kaiserslautern.de

Zur Vertiefung des Vorgehens in Kaiserslautern können Sie auf die Prozessgrafiken im Serviceteil zurückgreifen.

Weitere Leitfäden zum Thema:

- ICLEI (2007): Zyklisches Nachhaltigkeitsmanagement für Kommunen. Umsetzung der Aalborg Commitments in 5 Schritten. Verfügbar unter: http://www.localsustainability.eu/fileadmin/template/projects/localsustainability_eu/files/ACTOR-Guide_german.pdf
- BODENSEE STIFTUNG/ICLEI EUROPE (2009): Praxisleitfäden zum kommunalen Nachhaltigkeitsmanagement. Freiburg/Radolfzell. Verfügbar unter: <http://www.bodensee-stiftung.org/neuigkeiten/praxisleitf%C3%A4den-zum-kommunalen-nachhaltigkeitsmanagement-online>
- LIEPACH, K./J. SIXT / W. IRREK (2003) Kommunale Nachhaltigkeitsindikatoren. Vom Datenfriedhof zur zentralen Steuerungsinformation, Wuppertal Papers. Verfügbar unter http://www.wupperinst.org/uploads/tx_wibeitrag/WP138.pdf
- DIEFENBACHER, H. u.a. (1997) Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung im regionalen Bereich. Ein System von ökologischen, ökonomischen und sozialen Indikatoren. FEST, Heidelberg, Texte und Materialien, Reihe A, Nr. 42.

Durch Lobbying und Fürsprache Entscheidungsträger überzeugen

Kurz und knapp

Lobbying und Fürsprache für nachhaltige Entwicklung sind hilfreich, um Wissen, Argumente und Themen für nachhaltige Entwicklung zu platzieren sowie Entscheidungsträger/innen gezielt anzusprechen und fachlich vorzubereiten. Wenn Lobbying und Fürsprache dauerhaft vorhanden sind, wirken Maßnahmen und Aktivitäten langfristig und die Motivation aller Beteiligten nimmt zu.

Lobbying bedeutet zum einen, gute Argumente und eine Wissensbasis für nachhaltige Entwicklung aufzubauen und zum anderen, für ein Thema zu werben und Argumente bei relevanten Entscheidungsträgern/innen sowie Meinungsführern zu platzieren. Instrumente hierfür sind u.a. Einbindung von Wissenschaft und Beratungsexpertise, aber auch der Dialog und Wissenstransfer zwischen Wissenschaft, Politik, Staat und Wirtschaft. Auch regionale Kooperationen oder die gezielte Einbindung von Erfahrungen aus benachbarten Kommunen können für Lobbying genutzt werden.

Dabei braucht Lobbying klare Regeln! Sie lauten Transparenz, Fair Play und Offenheit. Wenn Sie diese Regeln beachten, dann gelangen Sie von verhärteten Positionen zu vermittelbaren Interessen. Sie befähigen alle entscheidenden Akteure dazu, Dinge und komplexe Fragestellungen zu verstehen, ohne mit einer sogenannten „hidden agenda“ zu arbeiten.

Lobbying kann von allen Akteuren betrieben werden, je nachdem wer in Ihrer Kommune von nachhaltiger Entwicklung überzeugt werden soll. Dabei ist Lobbying im Hinblick auf die Integration von Politik- und Nachhaltigkeitsprozessen ein – wenn nicht der – zentrale Hebel.

Der Hebel bringt für politische Mandatsträger/innen vor allem einen Wissensvorsprung – und zwar im positiv konstruktiven Sinn: So können politische Mandatsträger/innen proaktiv und vorausschauend statt reaktiv handeln. Für die Verwaltung bringt er Rechtssicherheit, erzeugt Betroffenheit und Verantwortungsgefühl, während er aus Sicht der zivilgesellschaftlichen Akteure vor allem dabei hilft, Unterstützer für Projekte zu gewinnen und gezielt einzubinden.

Um es vorwegzunehmen: Lobbying/Fürsprache gilt es, so zu gestalten, dass der Hebel einerseits mit den Hebeln Motor und Permanenz kombiniert wird sowie andererseits einen Mehrwert für die Hebel Partizipation und PR schafft. Das bedeutet, dass im Feld Lobbying/Fürsprache die Verzahnung der Hebel miteinander, ihrer Wirkrichtungen und Ausgestaltungsformen besonders beachtet werden muss.



Augsburg, Bilanz- und Entwicklungskonferenz

Steckbrief Aachen

Aachen hat schon sehr früh begonnen, sich auf dem Gebiet der Nachhaltigkeit zu engagieren. 1992 wurde Aachen als eine der ersten Kommunen Mitglied im Klimabündnis. Zwischen 1999 – 2002 nahm die Stadt am Modellprojekt „Ökologische Stadt der Zukunft“ der nordrhein-westfälischen Landesregierung teil. Nachhaltigkeitskriterien werden in vielen Vorhaben der Stadt berücksichtigt, jedoch nicht zentral vorgeschrieben. Die nachhaltige Stadtentwicklung ruht in Aachen auf mehreren Säulen. Zentrale Bedeutung hat gegenwärtig der neu aufzustellende Flächennutzungsplan. Um innovative Lösungen zu finden, wird vielfach die Kooperation mit Partnern aus Wissenschaft, benachbarten Kommunen und Unternehmen gesucht.

Soziale und wirtschaftliche Nachhaltigkeitsthemen rangieren neben Klimaschutz und Energie in Aachen gleichrangig. Anspruch der Stadt war dabei stets, nicht nur Einzelprojekte erfolgreich umzusetzen, sondern modellhafte und übertragbare Lösungsansätze zu entwickeln (Aachener Modell zur Förderung der Solar- und Windstromerzeugung, 1994). Aktuell gewinnt, ausgelöst durch den Bebauungsplan zur Erweiterung der Hochschule, das Thema nachhaltiges Flächenmanagement und Bodenschutz an Bedeutung. Zur Bündelung der Aktivitäten im Bereich Energieeinsparung und Klimaschutz hat Aachen im Jahr 2009 erstmalig am Zertifizierungsverfahren durch den European Energy Awards (EEA) teilgenommen.

Ansprechpartner: Herr Wiezorek, Fachbereich Umwelt,
Kontakt: umwelt@mail.aachen.de

Wissenschaft als Partner und Fürsprecher

Wissenschaft ist ein wichtiger Partner, wenn es um gemeinsames nachhaltiges Handeln geht. Wissenschaftler/innen können die Rolle als Fürsprecher und als fachliche Berater übernehmen. Mit ihren empirischen Erkenntnissen unterfüttern sie Diskussionen und unterstützen so die wichtige inhaltliche Auseinandersetzung zu Nachhaltigkeit.

Sowohl Politiker/innen als auch zivilgesellschaftliche Akteure können von der Kooperation mit der Wissenschaft profitieren. Am Beispiel Lüneburgs lässt sich das gut nachvollziehen: Etwa hat die Leuphana Universität Lüneburg die Anregung des Nachhaltigkeitsrats aufgegriffen und im Rahmen einer 2-semestrigen transdisziplinären Lehrveranstaltung eine Kommunikationsstrategie für den Nachhaltigkeitsprozess Lüneburgs erarbeitet. Die Leuphana Universität Lüneburg hat einen Kooperationsvertrag mit dem UBA, z.B. für die Betreuung von Diplomanden/Doktoranden/innen.

Wenn Sie das Thema weiter vertiefen möchten: Leitfaden „Kooperieren – aber wie?“

Steckbrief Lüneburg

Der Nachhaltigkeitsrat und das Heinrich-Böll-Haus Lüneburg sind wichtige Institutionen, die in Politik und Bevölkerung für Nachhaltigkeit werben. Der Rat setzt sich vorrangig aus Vertretern der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft zusammen.

Das Heinrich-Böll-Haus Lüneburg vereint 16 Nichtregierungsorganisationen aus den Bereichen Umwelt, Entwicklung und Soziales. Rat und Böll-Haus veranstalten Kampagnen und Veranstaltungen und entwickeln Lösungen für ein nachhaltiges Lüneburg. Dabei ist immer auch der globale und entwicklungspolitische Aspekt wichtig. Das Department für Nachhaltigkeitswissenschaften der Leuphana Universität bringt an vielen Stellen dabei seine Expertise auf dem Gebiet der Nachhaltigkeit ein. Zudem gelingt es dem Heinrich-Böll-Haus Lüneburg mit vielfältigen öffentlichkeitswirksamen Aktionen, die Bevölkerung für das Thema Nachhaltigkeit zu sensibilisieren (z.B. Projekt Zukunftsfähiges Lüneburg – Eine Nachhaltigkeitsstrategie für Lüneburg).

Thematische Schwerpunkte der Kommune stehen überwiegend in Verbindung zum Klimaschutz (z.B. Verkehrsentwicklungsplan und Förderung erneuerbarer Energien). In diesem Zusammenhang hat die Stadt eine Klimaschutz-Leitstelle eingerichtet, die Ansprechpartner für Gemeinden des Landkreises Lüneburg und Unternehmen ist und zu Fördermöglichkeiten und Fragen bei konkreten Projektumsetzungen berät.

Im Bereich Klimaschutz wurde die Stadt Lüneburg im Jahr 2006 von der Deutschen Umweltstiftung als „Klimaschutzkommune“ ausgezeichnet.

Ansprechpartner: Herr Hellfritz, Heinrich-Böll-Haus,
Kontakt: info@boell-haus-lueneburg.de





Steckbrief München

Von 1995 bis 1999 wurde von Volkshochschule, aktiver Bürgergesellschaft, Unternehmen und Stadtverwaltung ein breit angelegter Prozess zur Formulierung und Umsetzung einer Lokalen Agenda 21 entwickelt, der insbesondere in seiner Institutionalisierung und in der Konsultationsphase für viele andere Städte Vorbildcharakter hatte. Vier Fachforen erarbeiteten über 40 Vorhaben, von denen einige wie Ökoprofit, Eine-Welt-Haus, Bürgerstiftung Zukunftsfähiges München, Ökologisches Bildungszentrum und Bauzentrum dauerhafte Form annahmen. In dieser Tradition entstanden im letzten Jahrzehnt Kooperations-Vorhaben von Stadtverwaltung, öffentlichen und bürgerschaftlichen sowie privatwirtschaftlichen Einrichtungen, wie z.B. Biostadt München, das Netzwerk Bildung für nachhaltige Entwicklung (BenE) und Klimaherbst München. Jedoch wurden die Agenda-21-Institutionen (Beirat, Bürgerforum, Fachforen und schließlich 2007 das Agenda-21-Büro) seit 2000 sukzessive geschlossen. Stattdessen richtete der Stadtrat einen speziellen Fonds zur Förderung von Projekten bürgerschaftlicher Nachhaltigkeitsinitiativen ein, der derzeit mit jährlich 243.000 Euro ausgestattet ist.

Parallel dazu wurde seit 1995 die Stadtentwicklungskonzeption PERSPEKTIVE MÜNCHEN (PM) mit Öffentlichkeitsbeteiligung erarbeitet, die den Gedanken der nachhaltigen Entwicklung aufgreift. Regelmäßige Berichte erfassen die Fortschritte bei der Umsetzung der städteplanerischen Leitlinien. Nach der Evaluierung 2007 wird die PM derzeit mit der Entwicklung eines Leitmotivs, der Integration der Nachhaltigkeitsziele des Stadtrats und mit neuen strategischen Leitlinien fortgeschrieben, die sich an den vorhandenen 16 fachlichen Leitlinien orientieren.

Auf Basis der Agenda-21-Vorschläge verabschiedete der Stadtrat 2003 und 2006 Nachhaltigkeitsziele und -indikatoren als Basis der Nachhaltigkeitsberichterstattung. Thematisch steht derzeit das Thema Klimaschutz (Covenant of Mayors) im Vordergrund, der Stadtrat beschloss gerade das „Integriertes Handlungsprogramm Klimaschutz“. Im „Bündnis München für Klimaschutz“ verpflichten sich private und öffentliche Einrichtungen zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes. Im Gegensatz zu anderen Städten werden die Themen Umwelt, Bildung und Gesundheit sowie öffentliche Beschaffung in verschiedenen Programmen miteinander verknüpft (z.B. Biostadt München, BenE, Senioren Initiative Nachhaltigkeitsnetzwerk [SINN], Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit, Fairhandel).

Für das Bündnis „München für Klimaschutz“ wurde die Stadt in der Kategorie „Innovative und vorbildliche Strategien zur Umsetzung des kommunalen Klimaschutzes“ im Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz“ des Bundesumweltministeriums ausgezeichnet. Im Jahr 2009 erhielt die Stadt den zweiten Preis im Wettbewerb „Hauptstadt des Fairen Handels“ der „Servicestelle Kommunen in der Einen Welt“ der Organisation InWent. Bereits 1998 wurde München für die Etablierung des lokalen Agendaprozess mit dem European Sustainable City Award der Kampagne Zukunftsbeständige Städte und Gemeinden in Europa (ESCT) ausgezeichnet.

Ansprechpartner: Herr Schwanck, Referat für Gesundheit und Umwelt, Fachbereich Nachhaltigkeit
Kontakt: agenda21.rgu@muenchen.de

Mit Transparenz und gezieltem Austausch die Politik einbeziehen

In Aachen wird Lobbying/Fürsprache zusammengedacht mit Öffentlichkeitsarbeit. Das bedeutet, dass Vorhaben, Zielformulierungen oder das Angebot von Partnerschaften transparent kommuniziert werden. Fürsprache für eine nachhaltige Entwicklung insgesamt oder auch einzelne Maßnahmen, Projekte oder Aktivitäten ist Teil eines Konzepts zum Lobbying bzw. zur Fürsprache. Immer, wenn Veranstaltungen geplant werden, mit Hochschulen kooperiert wird oder auch der direkte persönliche Austausch stattfindet, geht es darum, mit einer gezielten Dramaturgie und klaren Botschaften zu kommunizieren. Orientierung dafür finden Sie in der Rubrik „Argumente für Nachhaltigkeit“.

Dass breite Akzeptanz weiterführt als eine im Alleingang womöglich noch gegen Widerstände getroffene Entscheidung, liegt auf der Hand. Leichter gesagt als getan! Hinzu kommen gesetzliche Vorgaben, die es einzuhalten gilt. Die Kunst besteht darin, weder recht- noch befehls- haberisch zu agieren, sondern nach gemeinsamen Lösungen und Interessenausgleich zu suchen. Auf Seiten der politischen Mandatsträger/innen kann durch dieses Vorgehen insbesondere ein Gesichtsverlust vermieden werden, der durch initiierte Bürgerbegehren gegen eine politische Entscheidung drohen kann.

Was machen die Akteure in Aachen konkret? Entscheidungsoptionen werden gemeinsam, auch mit Unternehmen, durchgespielt. So lotet man in Aachen systematisch die Grenzen der Belastbarkeit von Strategien und Projekten aus, hält gesellschaftliche bzw. regionalökonomische Interessen im Blick und sucht gezielt das Gespräch mit den wichtigen Entscheidungsträgern/innen.

Für politische Mandatsträger/innen werden die Motive und Vorteile einzelner Projekte und Maßnahmen für das System Stadt erkennbar. Sie können auf dieser Basis die Vorhaben unterstützen – umgekehrt ist es für Mandatsträger/innen wesentlich einfacher, Maßnahmen zu unterstützen, die auf einem breiten Konsens fußen. So können sie zeigen, dass Konflikte konstruktiv bearbeitet wurden und erfolgreiche und zukunftsfähige Stadtentwicklungsprojekte und -strategien daraus entstanden sind.

Das gilt im Übrigen auch – wenn nicht speziell – für den Bereich Finanzen: In vielen Kommunen sind die Finanzen ein Thema, das im Hinblick auf Lobbying/Fürsprache sowie Partizipation noch ein zartes Pflänzlein ist. Dabei sollten sich gerade politische Mandatsträger/innen nicht davor scheuen, Nachhaltigkeitsindikatoren zu monetarisieren. Die Botschaft sollte lauten: „Schwarze Zahlen mit grünen Ideen“. Setzen Sie sich als Kommunalverwaltung aktiv mit dem Thema Vollkostenrechnung auseinander. So erarbeiten Sie sich auch die Anerkennung und Unterstützung von Unternehmen vor Ort, die daraufhin stärkere Bereitschaft zeigen werden, sich für nachhaltige Entwicklung einzusetzen.



Nachhaltigkeit konkret machen und Debatten anzetteln

Nachhaltige Entwicklung und kommunale Entscheidungen gehören zusammen. Kurzum: Sie sollten versuchen, die Dimension der Nachhaltigkeit in ihren ganz konkreten Bezügen zu anstehenden kommunalen Entscheidungen sichtbar [Siehe Hebel PR] zu machen. So können geplante und umgesetzte Projekte und Maßnahmen bei der Umsteuerung zu einer nachhaltigen Entwicklung Schlüsselstellen und Chancen sein. Diese Chancen gilt es zu nutzen – und zwar durch Gespräche mit nicht-städtischen Partnern oder mit alternativen Projektträgern.

Chancen bieten sich aber auch durch strittige Themen. Hier kann es notwendig sein, „Tabubrüche zu inszenieren“, damit entsprechende Bürgermeinungen in Politik- und Verwaltungsprozesse einfließen. Es gilt, mit Hilfe der Bevölkerung Akzeptanz bei der Politik zu erzielen und Bürger/innen zu Unterstützern zu machen.

Beteiligungsmöglichkeiten für Mandatsträger/innen schaffen

Lobbying für nachhaltige Entwicklung funktioniert am besten, wenn auf Veranstaltungen wie Dialogreihen ganz gezielt Politiker/innen am Gespräch beteiligt werden; und zwar mit klaren Botschaften und mittels einer gezielten Dramaturgie. So entsteht Verbindlichkeit seitens der Akteure, etwa im Rahmen von Zukunftsgesprächen.

Ausgehend von den Münchener Erfahrungen gilt es zu beachten, dass die Ziele der Zukunftsgespräche und der Umgang mit den Ergebnissen transparent gestaltet werden müssen, weil sonst die Wirkung gering bleibt und Akteure nicht ausreichend mobilisiert werden.

Regionale Kooperationen für Lobbying nutzen

Unabhängig davon, ob Sie Politiker/in, Verwaltungs- oder Zivilgesellschaftsakteur sind, sollten Sie Nachhaltigkeitsbemühungen Ihrer Region (Umland größerer Städte, Landkreis, Partnerstädte) in die Försprache für nachhaltige Entwicklung einbeziehen. Hierdurch werden nicht nur Erfahrungsaustausch, sondern auch neue Impulse und Motivation erzeugt. Es bietet sich so die Möglichkeit, gemeinsam mit Partnern Ideen zu entwickeln und deren gesellschaftliche Tragfähigkeit auszuloten.

Die Erfahrungen in Friedrichshafen zeigen, wie wichtig es ist, in regionalen Kooperationen Allianzen aufzubauen, mit denen Sie bei politischen Mandatsträgern/innen Aufmerksamkeit und Interesse erzeugen können. Ein Beispiel hierfür ist die Mitarbeit in der Bodensee Agenda 21 – und noch intensiver im Kooperationsraum Bodensee-Oberschwaben. Für Friedrichshafen bietet sich in dieser Kooperation die Chance, Themen „über Bande“ zu spielen und inhaltliche Prioritäten im politischen Entscheidungsprozess zu setzen.

Steckbrief Friedrichshafen

Die Stadt Friedrichshafen hat seit 1996 eine Vielzahl von Leitbild-Diskussionen und Stadtentwicklungsprozessen angestoßen, von der Lokalen Agenda 21 über Stadtentwicklungsplanung, Flächennutzungsplanung, Sportentwicklungsplan und Bildungskonzept bis zum Arbeitsprogramm Energie und Klimaschutz im Rahmen des European Energy Award. Ziel ist es, diese Ansätze zu einem integrierten Nachhaltigkeitsmanagement in Form einer „Strategischen Orientierung Friedrichshafen“ zusammenzuführen. Als operatives Instrument soll diesem Orientierungsrahmen der Projektcheck 21 an die Seite gestellt werden. Er ist geeignet, umfassende Programme wie konkrete Einzelvorhaben einer Nachhaltigkeitsprüfung zu unterwerfen, ob in der ersten Entwicklungsphase oder während der fortgeschrittenen Ausarbeitung. Mittelfristig soll dieses Instrument so selbstverständlich angewandt werden wie heute schon die frühzeitige Umweltprüfung bei allen städtischen Bauleitplanverfahren. Eine konsequent projektorientierte Bürgerbeteiligung in Form offener, teils selbstorganisierter Bürgerforen oder thematischer Arbeitskreise (Energieteam Friedrichshafen, Zukunftswerkstatt Ailingen etc.) sind zentrale Elemente der Integration von Politik- und Nachhaltigkeitsprozessen in Friedrichshafen. Im Falle planungsrechtlicher Beteiligungsverfahren erfolgt diese frühzeitig und breit angelegt.

Das „Umweltprogramm 2005–2009“ der Stadt Friedrichshafen enthält einen umfangreichen Maßnahmenkatalog zu den Bereichen Stadtplanung (Bauen und Wohnen), Infrastruktur und Wirtschaft und Landschaftspflege. Auf regionaler Ebene kooperiert Friedrichshafen in der Bodensee Agenda 21, um eine nachhaltige Flächen- und Raumplanung in der Region zu gewährleisten.

Seit dem Jahr 2006 nimmt die Stadt Friedrichshafen am Zertifizierungs- und Managementverfahren des European Energy Award teil und konnte sich zuletzt 2008 erfolgreich rezertifizieren. Im Vordergrund stehen hier die systematische Zusammenführung der Einzelinitiativen und die Verbesserung der Abstimmungs- und Entscheidungsstrukturen.

Ansprechpartner: Herr Dr. Stottele, Abteilung Umwelt und Naturschutz, Amt für Bürgerservice, Sicherheit und Umwelt, Kontakt: umweltamt@friedrichshafen.de

Darüber hinaus rückt durch die regionale Kooperation eine weitere Option in das Blickfeld: Referenten/innen oder Unternehmer/innen aus anderen Kommunen können eingeladen werden, um über das Vorgehen und die Erfahrungen in ihren Kommunen zu sprechen. Wissen und Erfahrungen von außen bieten nicht nur inhaltliche Orientierung, sondern können auch dabei helfen, das Vorgehen insgesamt zu überdenken.

So zeigen Sie die Notwendigkeit einzelner Themen auf, bieten Orientierung an und statten Ihre bereits vorhandenen Unterstützer mit Wissen, Argumenten und Botschaften aus und gewinnen neue Försprecher hinzu.

Exkurs: Argumente für Nachhaltigkeit – so sind Sie gerüstet um Lobbying für Nachhaltigkeit zu betreiben

Die ökologischen und gesellschaftlichen Herausforderungen, vor denen Kommunen bereits jetzt – und zukünftig noch viel mehr – stehen, wie steigende Energie- und Ressourcenpreise, demografischer Wandel, sinkende Einnahmen, konkurrierende Flächennutzung und Standortentwicklung, erfordern ein neues Denken. Es gilt zu vermitteln, dass wichtige Zukunftsaufgaben, wie der demografische Wandel, Energieversorgung und Klimaschutz, kommunale Daseinsvorsorge etc., gemeinsam angegangen werden müssen. Dazu zählt ausdrücklich, auf Kompetenzen, Fähigkeiten, den Unternehmertegeist und die Einflussmöglichkeiten aller Akteure aufzubauen.

Ihre Kommune zukunftsfähig machen – Nachhaltigkeit ist mehr als Umwelt!

Mit nachhaltiger Entwicklung können Ressourcen gebündelt und zukunftsfähige Handlungszusammenhänge aufgebaut werden. Das ist besonders für politische Mandatsträger/innen ein wichtiges Argument, da eine wesentliche Aufgabe der Kommunalvertretung darin besteht, zukunftsfähige Beschlüsse zu fassen, insbesondere mit Blick auf die Daseinsvorsorge.

Viele Akteure nehmen Nachhaltigkeit noch allein als „Ökothema“ wahr und übersehen dadurch weitere Chancen, die das Thema für die Zukunftsfähigkeit ihrer Kommune haben kann. Dabei ermöglicht die Orientierung am Leitbild der Nachhaltigkeit, zentrale Zukunftsthemen der Kommune, wie bspw. den Umgang mit dem demografischen Wandel, mit neuen Lösungen anzupacken und gleichzeitig dafür neue Verbündete ins Boot zu holen – gerade, wenn man in der Kommune mit knappen Ressourcen wirtschaften muss.

Lebensqualität sichern

Nachhaltige Entwicklung führt zu einer neuen Lebensqualität. Das zeigt sich auf globaler und lokaler Ebene. Machen Sie deutlich: „Was ist anders zu machen als bisher?“ Gehen Sie auf das Bedürfnis nach einer grundsätzlichen Diskussion des „Wozu“ und „Wohin“ der Nachhaltigkeitspolitik ein, denn anders als andere politische Strategien kann Nachhaltigkeit nicht per Verordnung umgesetzt werden. Verdeutlichen Sie, was die junge Generation mit Blick auf die Zukunft bewegt. Nachhaltige Entwicklung sorgt für ein Mehr an Lebensqualität und schafft einen Mehrwert durch Partizipation der Bürger/innen.



Standortvorteil und Image

Nachhaltige Entwicklung ist ein Imagegewinn bzw. Werbung für Ihre Gemeinde, für Ihre Stadt: Die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes und die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft werden gestärkt. Beim Wettbewerb der Städte um Unternehmen und Privatpersonen kann mit gelungenen Projekten für nachhaltige Entwicklung gezeigt werden, was die Stadt in den verschiedenen Themenfeldern geleistet hat, welche Aktivitäten und Projekte auf dem Weg zu einer nachhaltigen Kommune noch anstehen und warum es sich für andere lohnt, sich in der Kommune zu engagieren.

Engagierte Bürgerschaft

Die Beteiligung an Nachhaltigkeitsprozessen schafft oftmals Strukturen, die für weitere Themen in der Kommune genutzt werden können. So ist der demografische Wandel eine zentrale Herausforderung, die immer mehr durch bürgerschaftliches Engagement abgefedert werden muss. Durch Nachhaltigkeitsprozesse werden Bürger/innen an Zukunftsfragen der Kommune beteiligt und die gemeinsame Problemanalyse bietet Chancen, die Bürgerschaft zu mobilisieren. Dabei ist gerade für Bürger/innen ein integrierter und übergreifender Ansatz wichtig.

Weitere Leitfäden zum Thema:

- FAHRENKRUG, K. UND KILIAN, D. (2009) Zukunft Fläche: Eine Kommunikationsstrategie für Kopf und Herz der Kommunalpolitik, in: Stephanie Bock, Ajo Hinzen und Jens Libbe (Hrsg.) Nachhaltiges Flächenmanagement – in der Praxis erfolgreich kommunizieren, difu, S. 99 für NHS Thüringen ff.
- CAROLINE GLATHE, Kommunikation von Nachhaltigkeit in Fernsehen und Web 2.0, VS Research 2010

- KRIESE, U. UND SCHULTE, P. (2009) Flächenakteure zum Umsteuern bewegen! Analyse und Bewertung vorliegender Kommunikationsansätze – Ausgangspunkt für neue kreative Marketingstrategien, in: Stephanie Bock, Ajo Hinzen und Jens Libbe (Hrsg.) Nachhaltiges Flächenmanagement – in der Praxis erfolgreich kommunizieren, difu, S. 47 für NHS Thüringen ff.

Durch Partizipation die Relevanz für politische Mandatsträger/innen steigern und Dynamik erzeugen

Kurz und knapp

Partizipation ist ein zentraler Hebel für die Integration von Politik- und Nachhaltigkeitsprozessen. Wenn wichtige Akteure ausgeschlossen bleiben, fehlen nicht nur Perspektiven und Wissen, sondern auch Motivation. Partizipation sichert Verantwortung und Teilhabe. Weiterhin führt Partizipation zu lokaler Verbundenheit und einem regionalen, spezifischen Design der Maßnahmen.

Wenn Partizipation als Hebel genutzt wird, können Widerstände abgebaut und praktikable Lösungen erarbeitet werden. Partizipation ist ein Hebel, mit dem u.a. auf Initiative eines oder mehrerer Akteure mit einem konkreten Anliegen eine nicht bereits gelöste Frage beantwortet werden soll. Dazu sollten alle wesentlichen betroffenen Interessen an einen Tisch geholt werden, um sich durch einen moderierten Dialog auf ein gemeinsames Handeln zu verpflichten – und diese Entscheidung in den Entscheidungsprozess der Kommune einzubringen.

Partizipation bietet Chancen, gerade bei zukunftsentscheidenden, strittigen Fragen Meinungen differenziert einzuholen und Fehlentscheidungen oder fehlender Akzeptanz für Entscheidungen vorzubeugen.

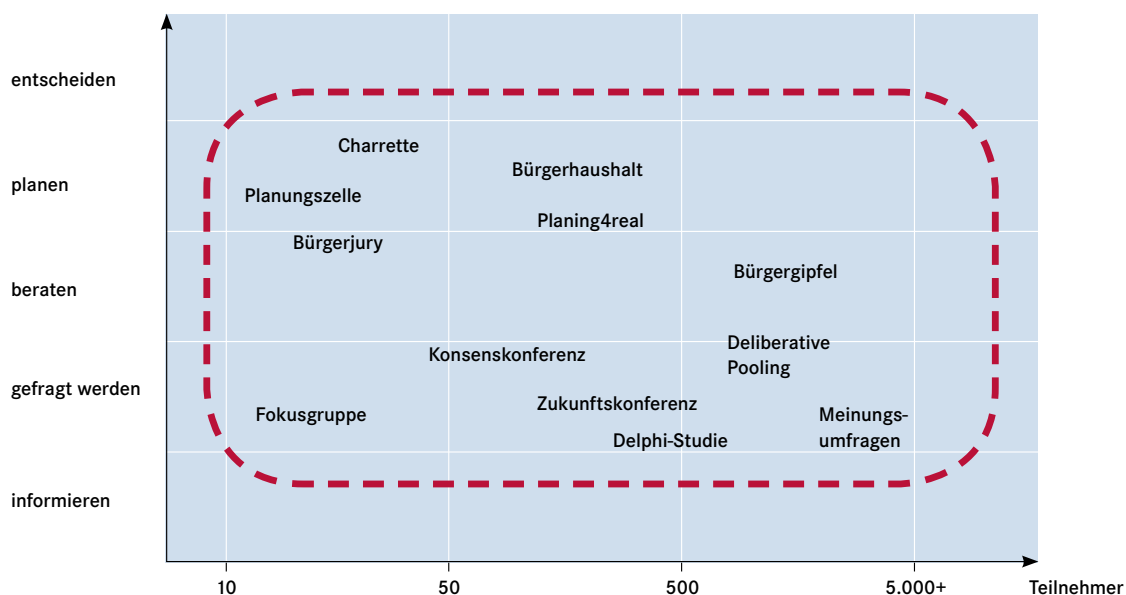


Die Ulzburger Straße, eine Hauptverkehrsstraße in Norderstedt, wird am autofreien Tag zur Erlebnisseile für alternative Formen der Mobilität; kein Fest in Norderstedt hat mehr Besucher/-innen.

Partizipation kann bedeuten, die breite Öffentlichkeit anzusprechen und einzubeziehen oder einen gemeinsamen Entscheidungsprozess zu begleiten; sie kann zehn bis zwölf Akteure involvieren als auch Hunderte von Bürgern/innen.

Bei der Auswahl der Instrumente gilt es, Ziel und Teilnehmerzahl abzustecken. Im Folgenden finden Sie eine Übersicht zu verschiedenen Instrumenten. Daneben bieten sich auch Wettbewerbe, Sponsoringaktionen oder Mit-Mach-Aktionen als Formate an.

Einfluss auf Entscheidungen



Was ist was ...

Charrette = Form kommunaler Planungsdialoge; strukturiertes, von einem Planungsteam betreutes Verfahren, das um das Element mehrerer öffentlicher, iterativ auf Feedback aufbauender Dialogveranstaltungen ergänzt wird und dessen Ende ein breit abgesicherter Planungsentwurf ist.

[Quelle: National Charrette Institute]

Bürgergipfel = strukturierte, moderierte Dialogveranstaltung mit Bühnen- und Tischmoderation sowie starkem Technologieeinsatz, an deren Ende die Teilnehmer/innen in kleinen Arbeitsgruppen diskutieren und im Plenum u.a. mit Hilfe von Abstimmungsgeräten zu einem Konsens über ein bestimmtes Thema kommen.

Bürgerhaushalt = stark strukturiertes Verfahren mit unterschiedlichen Methoden, meist in drei Phasen: 1. Information, 2. Bewertung, 3. Berichterstattung.

Planungszelle = festes Format, konzipiert von Prof. Peter Dienel; selbstmoderierte, selbstdokumentierte, mehrfach parallel stattfindende Workshops mit Experten/innenbriefings, in denen jeweils 25 zufällig ausgewählte Laien im Diskussionsprozess entscheidungsfähig gemacht werden.

Planing4real = mobilisierendes, gemeinwesenorientiertes und halbstrukturiertes Planungsverfahren, bei dem die Teilnehmer/innen aktiv anhand eines Modells an der Entwicklung und Verbesserung ihres Lebensumfeldes mitwirken.

[Quelle: Education for Neighbourhood Change]

Bürgerjury = angelehnt an Planungszelle; kostengünstig, weitestgehend selbststrukturiert, hierarchiefrei; 10 bis 30 zufällig ausgewählte Bürger/innen, die mehrere Tage Handlungsempfehlungen ausarbeiten, besonders geeignet für Debatten über Werte und ethische Fragen.

Konsensuskonferenz = Variante der Bürgerjuries; weitestgehend selbstgesteuertes Dialogmodell, zufällig ausgewählte Teilnehmergruppe befragt Experten/innen und erarbeitet Handlungsempfehlungen in einem Zeitraum von ca. drei Monaten.

Deliberative Pooling © = konzipiert von Prof. James Fishkin, Verfahren zur Messung der Meinungsveränderung durch Information und Deliberation in möglichst stark medial vermittelten Veranstaltungen.

Fokusgruppe = aus Meinungsforschung entlehnt, universell genutztes Format zur Erhebung von Präferenzen einer kleinen, nicht repräsentativen Gruppe ohne Festlegung auf Moderationsmethoden oder bestimmte Kommunikationsregeln.

Zukunftskonferenz = von Marvin Weisbord, Sandra Janoff erprobtes, kreatives, moderiertes, phasenorientiertes Großgruppenverfahren, Phasen von Gegenwart zur Zukunft und zurück werden durchlaufen.

Delphi-Studie = systematisches, mehrstufiges Verfahren der Zukunftsbewertung, kein dialogischer Ansatz, sondern stufenweise wiederholende und sich zum Konsens entwickelnde Experten/innenbefragung per Brief, Telefon, E-Mail oder persönliches Interview.

[Quelle: RAND Corporation]



Eichstetten, Gesamtsitzung aller Arbeitskreise zum Thema Integratives Tagescafé „Miteinander“, 2010



Mit Partizipation mobilisieren und Begeisterung wecken – auch bei der Politik

Gelsenkirchen hat die Erfahrung gemacht, dass Bürgermobilisierung ein Weg ist, nachhaltige Entwicklung voranzubringen, die Zivilgesellschaft stark und zum Treiber von nachhaltiger Entwicklung zu machen – und so zugleich Politiker/innen zu begeistern. Mobilisiert wird in Gelsenkirchen mit sogenannten „Mit-Mach-Aktionen“ (gekoppelt mit guter Öffentlichkeitsarbeit), bspw. die (Um-)Weltsponsorenläufe.

Tausende Jugendliche nahmen an diesen UN-Dekadenprojekten teil, unterstützten die Solarstadt Gelsenkirchen und erschlossen sich so die teils komplexen Themen wie nachhaltige Energiegewinnung, Klimawandel, wirtschaftliche und naturwissenschaftliche Aspekte der Solarenergie. Im Ergebnis wurde so nicht nur die Bevölkerung aktiviert, sondern parallel in der Solarstadt Gelsenkirchen Eine-Welt-Solaranlagen errichtet. Der so erzeugte Strom wird in das Netz eingespeist, um mit dem Gewinn Solarprojekte in der „Dritten Welt“ zu unterstützen.



Gelsenkirchen: Umweltsponsorenläufe SOLidAR 21 - Schüler/innen laufen für den Klimaschutz

Wirkung erzeugen und Aufmerksamkeit herstellen

Mit dem Projekt „Gelsenkirchener Färbegärten“ hat Gelsenkirchen die Erfahrung gemacht: Wenn sich Bürger/innen in einem Projekt engagieren, dies von der Politik und der Öffentlichkeit wertgeschätzt wird, dann nehmen sie diese Motivation auch in andere Projekte mit. Zugleich ist die Berichterstattung zu solchen und ähnlichen Beteiligungsprojekten eine gute Möglichkeit, über nachhaltige Entwicklung zu sprechen und Erfolge zu kommunizieren.

Das Projekt ist Teil eines internationalen Netzwerks und als sogenanntes Twin-Projekt „Seven European Gardens“ ist es gemeinsam mit anderen internationalen Partnern Teil des Programms der Kulturhauptstadt Ruhrgebiet 2010.

Auch die Politik hat durch solche und ähnliche Aktionen bzw. Projekte erkannt: Beteiligung ist die Basis für gute Projektarbeit und gute Projektarbeit bringt schwarze Zahlen. Das zeigt sich auch in dem Gelsenkirchener Projekt der Schülerfirma MehrWert: Schüler/innen ab Klasse 9 teilfinanzieren im Rahmen des Projekts „fifty-fifty“ durch die Wiederverwertung gebrauchter Produkte und ihren Verkauf in einem bekannten Internet-Auktionshaus eigene Schulprojekte. Mit der anderen Hälfte des eingenommenen Geldes werden Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen in aller Welt verbessert.



Schülerfirma MehrWert im Dietrich-Bonhoeffer-Haus in Gelsenkirchen Hassel, Peter Smock, Marit Rullmann und ein Teil des Teams

35

Steckbrief Gelsenkirchen

Kennzeichnend für den Nachhaltigkeitsprozess in Gelsenkirchen ist die aktive Partizipation der Bürger/innen im Rahmen der Lokalen Agenda 21. In Zusammenarbeit von Verwaltung und der evangelischen Kirche als gemeinsame Träger der Agenda konnten Beteiligungsstrukturen geschaffen und erhalten werden, die eine wichtige Ressource für den städtischen Nachhaltigkeitsprozess sind. So konnten im Rahmen der Agenda bislang in 15 Arbeitskreisen über 60 Projekte umgesetzt werden. In einer stark vom wirtschaftlichen Strukturwandel betroffenen Region setzt Gelsenkirchen mit der Initiative „Solarstadt“ auf die Förderung von Solarbetrieben als Motor einer ökologischen und wirtschaftlich nachhaltigen Stadtentwicklung. Mit der Zukunftsinitiative 2020 möchte die Stadt ihre Positionierung im Bereich regenerativer Energien weiter ausbauen.

Neben dem Schwerpunkt Energie und dem Engagement im Bereich Klimaschutz (z.B. durch einen Klimaschutzbeauftragten) setzt sich Gelsenkirchen stark im Bereich Bildung für Nachhaltigkeit ein (z.B. Umweltbildung, Bildungsoffensive Hassel, Kreativwerkstatt). Gegenwärtig wird mit dem Projekt „Gelsenkirchen 2020: Zukunft findet Stadt“ an einem umfassenden Programm zur Stadterneuerung gearbeitet.

Die Stadt Gelsenkirchen wurde mehrfach für ihr Engagement im Bereich Bildung für Nachhaltigkeit ausgezeichnet. Gelsenkirchen ist seit dem Jahr 2009 Kommune der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung und wurde 2008 in der Kategorie „Bildung für Nachhaltigkeit“ für das Projekt „Kinderumweltzeitung“ mit dem Deutschen Lokalen Nachhaltigkeitspreis Zeitzeiche(N) geehrt.

Ansprechpartner: Herr Rybarski, Agenda21-Büro,
Kontakt: buero@agenda21.info



Gelsenkirchen, Fliegende (Färber)Gärten - Ein Gemeinschaftsprojekt von GAFÖG GmbH, atavus e.V. und aGenda 21

Partizipation steigert Attraktivität nachhaltiger Entwicklung für die Politik

In Solingen werden die Hebel Permanenz und Partizipation so kombiniert, dass nachhaltige Entwicklung für Politiker/innen attraktiver wird.

„Mitmachen“ steht im Vordergrund und wird auf unterschiedlichen Wegen ermöglicht. Dabei kommt eine Palette unterschiedlicher Mitwirkungsformen und -methoden zum Einsatz: Angeboten werden neben klassischer Projektmitarbeit oder dem Engagement in Agenda-Foren, zahlreiche Veranstaltungen, Feste, Werkstätten, Aktionen und Kampagnen.

Ein Anreiz (siehe Hebel Motor) ist dabei gewiss auch, sich mit seinem Engagement um den Lokalen-Agenda-Preis der Stadt Solingen zu bewerben. Dem Rückgang traditioneller ehrenamtlicher Arbeit wirkt eine durch einen Solinger Verein aufgebaute Agentur für Freiwilligenarbeit entgegen. Es hat sich gezeigt, dass für zeitlich überschaubare Zeiträume und spezielle Aufgaben viele Menschen bereit sind, Freiwilligenarbeit zu leisten.

36

Bürger/innen zu Unterstützer/innen werden lassen

Partizipation, so zeigen die Erfahrungen der Norderstedter, braucht als Grundvoraussetzung, dass sich alle Beteiligten mit ihren Anliegen gegenseitig ernst nehmen. Wer einen erheblichen Teil seiner Zeit für einen solchen Prozess zur Verfügung stellt, hat immer eine persönliche Motivation dafür – in der Regel die Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen und die Hoffnung auf Änderung – die zunächst anzuerkennen ist.

Die Kunst besteht darin, aus dieser Konstellation konstruktive Lösungen zu entwickeln, die dem Gemeinwohl verpflichtet sind (also nicht Scheinlösungen nach dem St.-Florian-Prinzip). Dann werden alle Beteiligten zu Befürwortern/innen und sind so eine wichtige Unterstützung für die Umsetzung der Ergebnisse – ohne demokratisch legitimierte Entscheidungen zu unterwandern.

Gemeinsam getragene Lösungen ermöglichen

Kreativität und Flexibilität sind gefragt. So wurden in Norderstedt im Hinblick auf die Lärminderungsplanung als Teil einer breit angelegten Partizipationsstrategie bspw. Straßenfeste veranstaltet, die für Anwohner/innen und anliegende Einzelhandelsunternehmen erlebbar machen, welchen Mehrwert eine autofreie Straße für alle Beteiligten haben kann – denn Lärminderung ist auch ein Thema für Unternehmen, die von Automobilität (Warenanlieferung) abhängig sind. Durch solche Aktionen und Projekte wird letztlich viel Bildungsarbeit geleistet und gezeigt, wie es anders gehen kann. Interessant: Ausschlaggebend für



Solingen, I-Männchen informieren über Solarenergie und andere erneuerbare Energieträger

die partizipativ angelegte Erarbeitung des Lärminderungsplans 2001 waren Anfragen aus dem politischen Raum und die Diskussion in der Bevölkerung zu den Auswirkungen von Lärm.

Risiken für Politik einschätzbar machen

Die Norderstedter Verwaltung war sich durchaus darüber im Klaren, dass seitens der politischen Mandatsträger/innen eine Machtein-schränkung und eine Beeinflussung kommunaler Planungen und Entscheidungen durch die Öffentlichkeit abseits der herkömmlichen Wege befürchtet werden könnte. Richtig ist, dass die Ergebnisse eines Partizipationsverfahrens teils schwer zu kalkulieren sind. Dies nicht als Risiko, sondern als Chance wahrzunehmen, etwa mit dem Hebel Lobbying/Fürsprache, ist eine wichtige Aufgabe. Wie das in der Praxis gestaltet werden kann, zeigt das Beispiel Norderstedts.

Im Austausch mit politischen Mandatsträgern/innen wurde Partizipation der angemessene Platz innerhalb des vorgeschriebenen rechtsstaatlichen Prozesses eingeräumt, also klargestellt, dass die letztendliche Entscheidung (zum Lärminderungsplan) natürlich bei den demokratisch legitimierten Vertretern/innen der Stadt bleibt. Dennoch liefert die Öffentlichkeit einen wichtigen Beitrag zur Entscheidungsfindung. Die Botschaft muss daher lauten: Die Öffentlichkeit partizipiert im Rahmen einer klaren Aufgabenteilung und Vorgehensweise. So gelingt es auch, jegliche Form der Alibibeteiligung zu vermeiden.

Mit Partizipation und Beteiligung können sich Politiker/innen also auch vor dem Vorwurf schützen, unbelehrbar zu sein oder Klientelpolitik zu betreiben.

Steckbrief Norderstedt

Seit Gründung einer Klimaschutz-Koordination (1999) und des Agenda-Büros (2000) konnte in Norderstedt eine breite Palette von beispielhaften Projekten zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung durchgeführt werden. Dabei werden vorwiegend solche Projekte angegangen, die ökologische, soziale und wirtschaftliche Vorteile bieten und Win-win-Situationen schaffen. Gleichzeitig bieten diese immer wieder einen guten Ansatzpunkt für die Erläuterung, was Nachhaltigkeit gemäß dem 3-Säulen-Modell ist und warum das jeweilige Projekt in diesem Sinne als nachhaltig bezeichnet werden kann. Der passend dazu etablierte Schwerpunkt der Vermittlung von Nachhaltigkeit reicht von Ausstellungen (z.B. im Stadtmuseum), Agenda-Werbekampagnen, einem eigens entwickelten Spiel zur Vermittlung von Nachhaltigkeit, diversen Bildungsprojekten (im Rahmen von BNE, u.a. dem außerschulischen Lernort Weltladen) bis hin zu einem Nachhaltigkeits-Check als universell einsetzbares Hilfsmittel für die Beurteilung von Projekten. Die Mitwirkung der Öffentlichkeit an der Lärminderungsplanung hat weit über Deutschlands Grenzen hinaus Interesse und Anerkennung gefunden. In diesem Zusammenhang wurden ökonomische Modelle genutzt um wirtschaftliche Vorteile nachhaltiger Entscheidungen zu belegen.

Norderstedt hat in Anlehnung an diese Regeln seine Lärminderungsplanung durchgeführt. → Weiterführende Informationen dazu in den Literaturhinweisen.

Mit zahlreichen Erfolgen im Klimaschutz, einer über Deutschland hinaus viel beachteten Lärminderungsplanung, langjährigen

Arbeiten an einem Konzept Migration & Integration, vielfältigen Kinder- und Jugendprojekten, Deutschlands vermutlich umsatzstärkstem Agenda-Kaffee als Stadtmarketing-Instrument, einem Integrierten Stadtentwicklungskonzept ISEK mit Nachhaltigkeitselementen (Kinder- und Familienfreundlichkeitsprüfung, Nachhaltigkeits-Check, innovative Ansätze für mehr Klimaschutz) ist die Spannweite der Aktivitäten kurz angedeutet. Dabei wird sowohl auf Kontinuität gesetzt – der autofreie (Sonn-)Tag wird seit 2000 veranstaltet und ist zum größten Fest in der Stadt geworden – als auch immer wieder auf innovative Ansätze: Etwa mit dem Energiekonzept, das erstmals die Potenziale der BauGB-Novelle 2004 für einen anspruchsvolleren Klimaschutz in der Stadtplanung erschließt. Zudem spielt die Vernetzung eine immer wichtigere Rolle (das Beispiel ISEK wurde bereits erwähnt).

Die Stadt Norderstedt wurde mehrfach für ihre Aktivitäten im Bereich Klimaschutz ausgezeichnet (z.B. Energieolympiade der Innovationsstiftung [ISH] und durch den Umweltpreis des Landes Schleswig-Holstein). Zuletzt wurde die Kommune 2009 im Rahmen des Nachhaltigkeitspreises Schleswig-Holstein für die „Erstellung eines klimaschutzorientierten Energiekonzepts für den Gebäudesektor in Norderstedt zur Forcierung des Klimaschutzes in der Bauleitplanung“ geehrt. Im Bereich Bildung prämierte die Deutsche Gesellschaft für Umwelterziehung (DGU) Norderstedt als „Schulträger 21“ für seine beispielhafte Kommunikation und Kooperation im Sinne der Agenda 21 zwischen Schulträgern und Schule.

Ansprechpartner: Herr Brüning, Fachbereich Umwelt,
Kontakt: umwelt@norderstedt.de

Weitere Leitfäden zum Thema:

- BISCHOFF, A./K. SELLE/H. SINNING (2005) Informieren, Beteiligen, Kooperieren. Kommunikation in Planungsprozessen. Eine Übersicht zu Formen, Verfahren und Methoden. Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur.
- LEY, A./L. WEITZ (Hrsg.) – 2003 – Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenhandbuch. – in: STIFTUNG MITARBEIT & AGENDA TRANSFER (Hrsg.) – Arbeitshilfen für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen Nr. 30, 312 S., Bonn.
- ÖGUT = ÖSTERREICHISCHE GESELLSCHAFT FÜR UMWELT UND TECHNIK (2003): Arbeitsblätter zur Partizipation, Nr. 1. Checklisten für Rahmenbedingungen und Qualitätskriterien partizipativer Verfahren im öffentlichen Bereich. – Version 1.0, 6 S., Wien.
- ÖGUT = ÖSTERREICHISCHE GESELLSCHAFT FÜR UMWELT UND TECHNIK (2004): Arbeitsblätter zur Partizipation, Nr. 2. Der Nutzen von Öffentlichkeitsbeteiligung aus Sicht der Akteure/Innengruppen. – Version 1.0, 7 S., Wien.
- ÖGUT = ÖSTERREICHISCHE GESELLSCHAFT FÜR UMWELT UND TECHNIK (2004): Arbeitsblätter zur Partizipation, Nr. 3. Grenzen, Stolpersteine und Instrumentalisierung von Öffentlichkeitsbeteiligung. – Version 1.0, 12 S., Wien.
- ÖGUT = ÖSTERREICHISCHE GESELLSCHAFT FÜR UMWELT UND TECHNIK (2007): Arbeitsblätter zur Partizipation, Nr. 4. Zum Umgang mit Stellungnahmen in Öffentlichkeitsbeteiligungsprozessen. – Version 1.0, 11 S., Wien.



FAIRflirt goot! Norderstedts Kaffee - einer der umsatzstärksten Agenda-Kaffees in ganz Deutschland

Durch PR Attraktivität und Unterstützung der Politik sichern

Kurz und knapp

Um Unterstützung für nachhaltige Entwicklung zu erhalten und zugleich Politik- und Nachhaltigkeitsprozesse erfolgreich zu integrieren, muss Aufmerksamkeit bei Politikern/innen erzeugt werden. PR und Öffentlichkeitsarbeit werden dabei oft vernachlässigt, sind aber essentiell: Einerseits, um Rückenwind und Motivation für die bereits Aktiven zu stärken, und andererseits, um gegenüber Politik und Öffentlichkeit Visionen und Erfolge zu verdeutlichen. Nichts wirkt motivierender, als wenn alle ein Ziel verfolgen – und dabei Erfolg haben.

Für die Politik wie die Verwaltung gilt, eine sogenannte Zwei-Wege-Kommunikation zu nutzen: Bieten Sie Plattformen an, auf denen sich Interessierte austauschen können, etwa zu der letzten Veranstaltung, zum letzten Projekttreffen etc.. Als Politiker/in bietet es sich an, sich zu konkreten Projekten zu äußern. Im Idealfall ergeben sich aus dieser Form der Öffentlichkeitsarbeit Partnerschaften von Politikern/innen für einzelne Initiativen.

Attraktiv, schlüssig und verständlich – das sind Kriterien für die Ausgestaltung des Hebels PR. Sie gelten sowohl für Print als auch Internet, TV und Radio. Die Öffentlichkeitsarbeit sollte jeweils auf Aspekte und Zielgruppen ausgerichtet werden, für diese verständlich und alltagsbezogen sein sowie visuelle und emotionale Aspekte einbeziehen. So dient PR nicht nur der öffentlichen Sichtbarkeit der Thematik insgesamt sowie einzelner Projekte, sondern motiviert zugleich weitere Akteure dazu, sich auch zu engagieren und Verantwortung zu übernehmen. PR hilft zu verhindern, dass Fehlinterpretationen und Missverständnisse entstehen.

Der Hebel schließt auch ein, gezielt Journalistinnen und Journalisten einzubinden und strategisch zu einzelnen Projekten zu kommunizieren, auch Medienpartnerschaften sind ein geeignetes Instrument.



Norderstedt, Tänzer/-in und Trommler/-innen bieten ein buntes Bild – anstelle der dort sonst oft zu findenden Staus

Kommunikation mit der Politik und den Bürger/innen durch attraktive Veranstaltungen und mit überzeugenden Konzepten

Hannover und Norderstedt haben gute Erfahrungen damit gemacht, ihre Öffentlichkeitsarbeit auf einem klaren Kommunikationskonzept aufzubauen. In Hannover werden öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen in einem darauf zugeschnittenen Flyer („Hannover fairführt“) angekündigt und inhaltliche Bezüge zum Thema nachhaltige Entwicklung hergestellt.

Die im Flyer vorgestellten Veranstaltungen unterschiedlicher Kooperationspartner vermitteln Wissen und Inhalte in vielfältigen Formaten. Auch die Agenda-21-Zeitung (8.500 Exemplare) für kulturelle Vielfalt und Nachhaltigkeit informiert zu verschiedenen Schwerpunkten über Aktivitäten und nachahmenswerten Projekten der unterschiedlichsten Akteure lokal aber auch weltweit. Dabei wird besonders auf das Engagement Einzelner eingegangen. Wie der Flyer, so ist auch die Zeitung on- und offline verfügbar. Dadurch werden unterschiedliche Zielgruppen angesprochen. Etwa gibt es Aktionswochen oder auch halbstündige Berichte zum Status eines Projekts. Das bedeutet, dass PR und Partizipation sowie auch Wissensvermittlung (siehe Hebel Lobbying) zusammengeführt werden.



Steckbrief Hannover

Herzstück der nachhaltigen Entwicklung in Hannover ist das seit 1995 bestehende Büro der Lokalen Agenda 21 und das Agenda-Plenum. Das Plenum dient als wichtige Plattform, um Projekte und Gruppen vorzustellen und miteinander zu kommunizieren. Das Agenda-Büro ist als direkte Stabsstelle im Umweltdezernat der Stadt institutionalisiert und versteht sich gegenüber der Verwaltung vor allem als beratende Institution. 1998 und 2004 haben Bestandsaufnahmen des Agenda-Büros die Aktivitäten im Bereich Nachhaltigkeit der Stadt Hannover zusammengetragen. Der Entwurf wurde ergänzt durch die Stellungnahmen der Verwaltung und den politischen Gremien (alle Fachausschüsse) der Stadt und Stadtbetriebsräten zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Hannover hatte von 1997-99 einen intensiven Partizipationsprozess, an dem sich alle gesellschaftlichen Gruppen, zu denen auch Verwaltung und Politik gehören, beteiligten. Im Dialog wurden in Arbeitsgruppen, Workshops, Zukunftswerkstätten, Foren, Open Space und Anhörungen im Rat Leitlinien und Ziele entwickelt sowie Maßnahmen vorgeschlagen.

Die Stadt Hannover und die umliegenden Gemeinden und Städte führen als „Klimaschutzregion Hannover“ gemeinsam verschiedene Klimaschutz- und Energieeffizienzprogramme durch und bieten Bildungs- und Beratungsangebote zum Klimaschutz an. Gegenwärtig arbeitet Hannover im Dialog mit der Bevölkerung im Projekt „Hannover City 2020“ an der zukunftsfähigen Entwicklung der innerstädtischen Flächen.

Ansprechpartner: Frau Hesse, Agenda21-Büro,
Kontakt: www.agenda21.de

Die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit als Aufhänger nutzen

Norderstedt hat eine einladende und professionell gestaltete Homepage zu seinen Aktivitäten für nachhaltige Entwicklung. Neben einzelnen Themen, der Rolle der Kommune, den Aufgaben und Zuständigkeiten des Agenda-Büros sowie dem übergreifenden Hintergrund, können sich Interessierte eine Vielzahl an Informationen „abholen“, etwa zu aktuellen Terminen und Veranstaltungen.

Norderstedt hat gute Erfahrungen damit gemacht, als Anker seiner Öffentlichkeitsarbeit rund um nachhaltige Entwicklung die drei Dimensionen von Nachhaltigkeit zu nutzen. Und zwar nicht abstrakt, sondern in konkreter Form, wie in den Informationsblättern zu den Projekten und Aktivitäten aufgeschlüsselt nach Jahren.

→ Die von Norderstedt in Auftrag gegebene Kampagne für Nachhaltigkeit kann auf Nachfrage auch von anderen Kommunen genutzt werden!



Norderstedt, Information der Bevölkerung über den Lärmaktionsplan und dessen verkehrsberuhigenden Effekte während des Straßenfestes direkt auf der Ulzburger Straße



Hannover, Agendazeitungen

Spielend Nachhaltigkeit erfahren

Mit dem selbst entwickelten AGENDA-Spiel hat das AGENDA-Büro der Stadt Norderstedt bereits zu einem frühen Zeitpunkt seiner Aktivitäten begonnen, den komplizierten Begriff der Nachhaltigkeit mit Hilfe praktischen Erlebens ebenso einfach wie schnell zu verdeutlichen. Bei diesem Spiel soll das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung – das Ziel der AGENDA 21 – deutlich gemacht werden. Gemäß dem 3-Säulen-Modell sind die Handlungsfelder – Soziales, Ökologie, Ökonomie – auf einer Holzplatte dargestellt.

Gelernt werden soll, dass eine Entwicklung nur dann nachhaltig ist, wenn sie zugleich umweltverträglich, sozial gerecht und wirtschaftlich machbar ist. Nur dann, wenn dieser Zusammenhang beachtet wird, können wir auf Dauer erfolgreich sein! Das gilt in diesem Spiel genauso wie im Leben. Dieser Zusammenhang wird im Spiel dadurch verdeutlicht, dass die Platte sehr leicht aus dem Gleichgewicht gebracht werden kann, denn die Spielfeldplatte lagert auf einer Korkkugel. Immer dann, wenn ein Handlungsfeld bevorzugt wird (durch zu einseitiges Setzen oder Entfernen von Spielsteinen), gerät das Gleichgewicht in Gefahr. Dabei gibt es viele Möglichkeiten, die Platte (als Symbol für die Welt) im Gleichgewicht zu halten.

Die meiste Stabilität sichern die Teile, die in den Schnittmengen aller drei Felder liegen. Dieses lässt sich am besten erfahren, wenn das Spiel so gespielt wird, dass die Teile nach und nach auf der Platte platziert werden. Denn hier ist es am leichtesten, die Teile in die Mitte zu legen. So wird verdeutlicht, wie nachhaltige Entwicklung stattfinden muss – kommt eine Handlung allen drei Handlungsfeldern zugleich zugute, sichert das Stabilität und eine weitere Perspektive für die Entwicklung. So einfach kann Nachhaltigkeit erreicht werden.

Das Spielmaterial bestehend aus ...

- ... einem pyramidenförmigen Sockel aus Holz,
- ... einer Korkkugel,
- ... einer Spielplatte aus Holz (ca. 1 m Durchmesser),
- ... verschiedenen TransFair-Produkten aus biologischem Anbau (als konkrete Beispiele für Nachhaltigkeit) oder
- ... einigen Spielsteinen aus Holz

kann kostenlos im AGENDA-Büro der Stadt Norderstedt entliehen werden. Spielidee und Spielverlauf werden in einer beigelegten Erklärung ausführlich beschrieben. Im Einsatz mit kleineren oder auch größeren Gruppen ist dieses Spiel schon mehrfach erfolgreich erprobt, um einen Einstieg in die Diskussionen um die Lokale AGENDA 21 zu erhalten.



Solingen: Auf dem internationalen Kultur- und Umweltfest „Leben braucht Vielfalt“ präsentieren sich jedes Jahr über 100 Vereine, Initiativen und Einrichtungen.

Mit PR die Attraktivität für politische Mandatsträger/innen steigern

Durch die partizipative Projektarbeit (Mit-Mach-Aktionen) konnten die Gelsenkirchener viel Aufmerksamkeit herstellen und haben auf diesem Weg erfolgreich Öffentlichkeitsarbeit betrieben. Das wiederum hat die Akzeptanz bei Politikern/innen für einzelne Projekte, aber auch nachhaltige Entwicklung insgesamt erhöht.

Gelsenkirchen hat gelernt, mit der Presse vor Ort zusammenzuarbeiten, gemeinsam Serien in Zeitungen zu Themen herauszubringen. Hilfreich war dabei auch, so die Erfahrung in Gelsenkirchen, dass die Agenda-Geschäftsstelle zu gleichen Teilen bei der Stadt und der evangelischen Kirche verankert ist und somit flexibler auf Pressebedürfnisse eingegangen werden konnte.

Ausblick

Für die Arbeit am Leitfaden haben wir von den kommunalen Akteuren viele Erfahrungen gesammelt, die im vorliegenden Text in ihrer Vielfalt und Tiefe nur unzureichend wiedergegeben werden konnten. Dies hat auch der Test-Workshop im Juli 2010 in Berlin gezeigt, in dem eine Vielzahl lebendiger und wichtiger Lernerfahrungen ausgetauscht werden konnten, die in ihrer Fülle nicht ohne Weiteres auf gedrucktes Papier zu bändigen sind.

Wir haben auch festgestellt, dass gerade die schwierigen und/oder auch missglückten Beispiele viel Stoff enthalten, um voneinander zu lernen. Allerdings möchten die Akteure verständlicherweise eher ihre guten Erfahrungen in einem Leitfaden gedruckt sehen. Für die anderen Erfahrungen ist daher der persönliche Austausch im geschützten Raum

anstelle öffentlicher Präsentationen erforderlich, um offen voneinander lernen zu können.

Wir möchten daher dazu einladen und auffordern, den Leitfaden als Anlass für weiteren Austausch und persönliche Gespräche zum Thema zu nutzen. Der Netzwerk-21-Kongress bietet hierfür ein erstes Forum.

Darüber hinaus ist denkbar, dass über die Kongress-Plattform und eine Online-Version des Leitfadens virtuell weitere Kontakte geknüpft werden können, um dann im persönlichen Austausch gezielt in die Tiefe gehen zu können. Für diese Form der Vernetzung und des Voneinander Lernens möchten wir ausdrücklich werben und wünschen uns, dass der Leitfaden hierzu einen aktiven Beitrag leisten wird.



Serviceteil

Bestandsaufnahme

Kurz-Test: Wie stark sind Sie in Ihrer Kommune beim kombinieren Einsatz der Hebel, um Politik- und Nachhaltigkeitsprozesse zu integrieren?

Erfolgreicher Umgang mit Veränderung und nachhaltiger Entwicklung erfordert eine Analyse der Ausgangssituation in Ihrer Kommune. Sie müssen erst hinter die eigenen Kulissen schauen, wenn Sie die richtigen Schritte planen und umsetzen möchten.

→ Wer treibt in unserer Kommune die Umsetzung von Aktivitäten, Projekten und Maßnahmen zur nachhaltigen Entwicklung voran? (Verwaltungsabteilungen und -personen, Unternehmen, Verbände oder Vereine, Politiker/innen ...)

Welche Legitimation und welche Mittel hat der Motor?

→ Wessen Interessen und Bedürfnisse sind von der Umsetzung einzelner Projekte betroffen?

(Verwaltungsabteilungen und -personen, Unternehmen, Verbände oder Vereine, Politiker/innen ...)

Und vom wem brauchen wir Unterstützung und Akzeptanz?

→ Wer hat die erforderlichen Informationen und das Wissen?

(Experten/innen, Universitäten, Forschungseinrichtungen, Unternehmen ...)

Ist es für die politischen Mandatsträger/-innen zugänglich? Nutzen wir die Expertise gezielt um für unsere Themen zu werben?

→ Wie sind unsere Nachhaltigkeitsprozesse organisiert?

Wo sind lose Enden, Löcher, Ressourcenprobleme?

Inwieweit haben wir politische Unterstützung dafür?

Wenn ja, von wem?

→ Wer kommuniziert die Inhalte von Debatten, (Miss)Erfolge von Projekten an die Öffentlichkeit und auch intern unter den Akteuren?

(Medien, eigene PR ...) Haben Mandatsträger/innen die Chance genutzt, mit Nachhaltigkeits-Themen zu werben? Inwieweit nutzen andere Akteure (Verwaltung, Zivilgesellschaft) PR für ihre Aktivitäten gezielt um Unterstützung bei Politik und Öffentlichkeit zu erhalten?

Die folgenden Fragen helfen Ihnen dabei, die aktuelle Situation in Ihrer Kommune zu beleuchten und zu reflektieren – vielleicht gemeinsam mit Kollegen/innen –, wie der Stand der Integration von Politik- und Nachhaltigkeitsprozessen ist:



Arbeitsblatt: Bestandsaufnahme

Hebel
Partizipation

Hebel
Lobbying

Hebel
PR

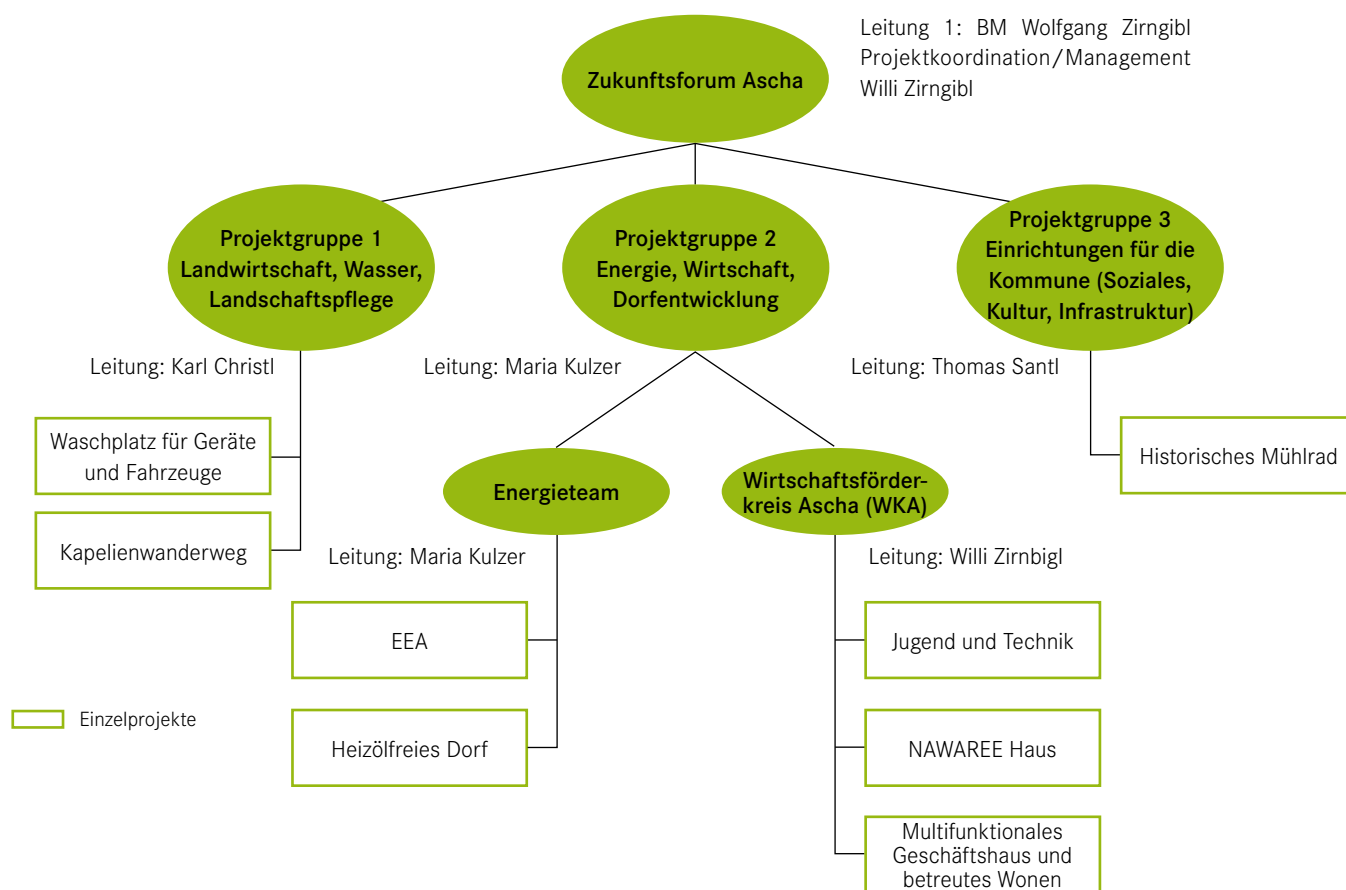
Hebel
Permanenz

Hebel
Prozessmotor

Emotionalisierung

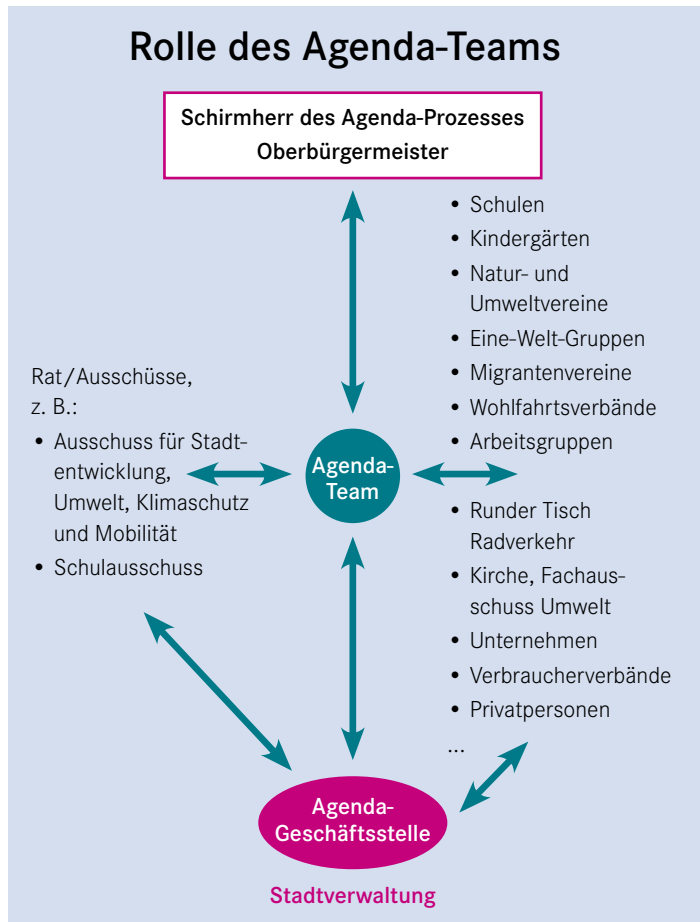
Prozessgrafiken

Grafik 1 – Ergänzung zum Steckbrief Ascha – aktualisierte Struktur Zukunftsforum

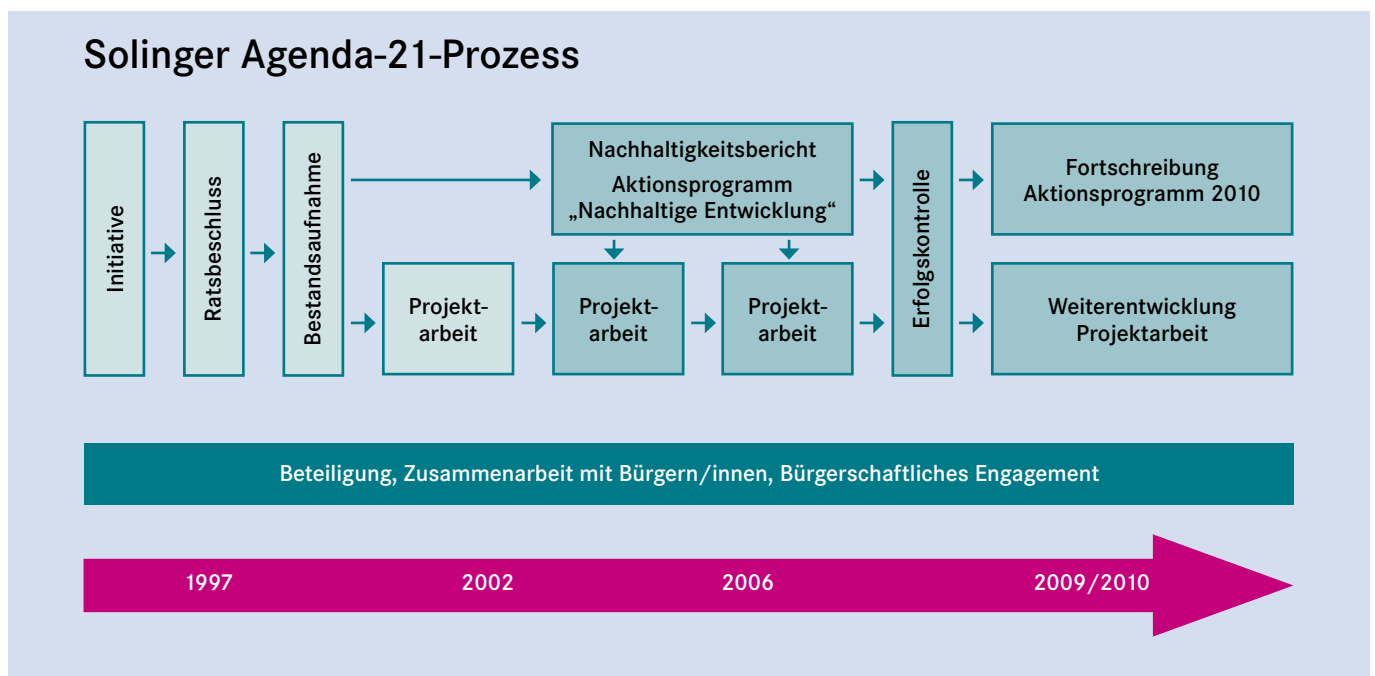


Quelle: Gemeinde Ascha

Grafik 2 – Ergänzung zum Steckbrief Solingen



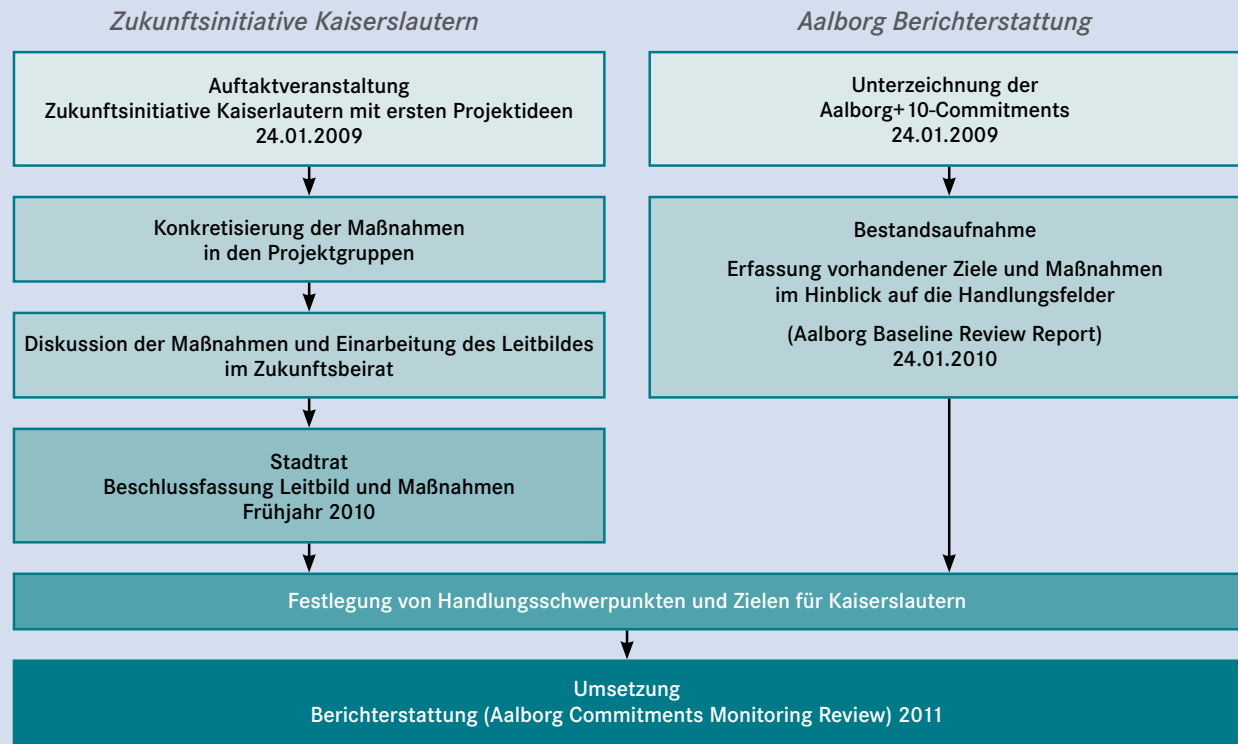
Quelle: Stadt Solingen, Agenda 21



Quelle: Stadt Solingen, Agenda 21

Grafik 3 – Ergänzung zum Steckbrief Kaiserslautern

Übersicht Leitbild der Stadt Kaiserslautern 2020 – Aalborg Commitments



Quelle: Stadt Kaiserslautern

Grafik 4 – Ergänzung zum Steckbrief Friedrichshafen

Kooperationsraum Bodensee-Oberschwaben seit 1998



Quelle: Umweltamt Friedrichshafen

Ausgewählte Kooperationen, Initiativen und Aktionen

Sichtbarkeit und PR mal anders – UrbanSim

Öffentlichkeitsarbeit bedeutet vor allem auch, Transparenz herzustellen, für Sichtbarkeit zu sorgen und so Akteure einzubinden. Dazu können Sie auch ungewohnte Wege gehen:

UrbanSim ist eine computerbasierte Simulation für den Bereich Stadtentwicklung, bei der die Themen Flächennutzung, Mobilität, Wirtschaft und Umwelt miteinander verknüpft werden. Genutzt werden kann dieses Instrument von Planer/innen, Kommunalverwaltungen, Politikern/innen, Nichtregierungsorganisationen, Wissenschaftlern/innen – oder einfach von allen, die sich für unterschiedliche Entwicklungen, Lösungsansätze und Auswirkungen von Stadtentwicklung interessieren und begeistern.

Zum Weiterlesen ...

Website: <http://www.urbansim.org/Main/WebHome>



METREX – das Netzwerk der europäischen Ballungs- und Großräume bietet eine Plattform für den Wissens- und Erfahrungsaustausch über Ballungsraumfragen und gemeinsame Maßnahmen zu Themen gemeinsamen Interesses. Das Netzwerk hat Mitglieder aus etwa 50 Ballungs- und Großräumen und Partner in vielen anderen Regionen. METREX bringt die Dimension der Metropolräume in die europäische Politik, Programme und Projekte ein. Das Netzwerk ist ein Partner für die europäischen Institutionen, die Wissenschaft, Regierungsorganisationen und andere Netzwerke.

Zum Weiterlesen ...

Website des Netzwerks: http://www.eurometrex.org/ENT1/DE/About/about_METREX.asp

Die **Bodensee Agenda 21** (BA21) wurde von den Ländern und Kantonen der Internationalen Bodensee Konferenz (IBK) im Jahr 1999 ins Leben gerufen. Ziel der Bodensee Agenda ist es, nachhaltige Entwicklung als festen Bestandteil sowohl im praktischen Handeln als auch in den lokalen Strukturen der Region zu verankern. Seit 2001 organisiert die Bodensee Agenda, bestehend aus 13 regionalen Anlaufstellen und einer koordinierenden Geschäftsstelle, Veranstaltungen und Wettbewerbe, initiiert Projekte, informiert, klärt auf und vernetzt die verschiedenen Akteure rings um den See. Ziel der Bodensee Agenda ist es, durch diese Vernetzung von Akteuren lokale Agenda-Prozesse zu stärken und gelungene Projekte als „best practices“ in der Region zu verbreiten.

Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung wurde auch im 2008 verabschiedeten Leitbild der Internationalen Bodensee Konferenz (IBK) für den Bodenseeraum aufgenommen und die Bodensee Agenda 21 im zugehörigen Maßnahmenkatalog explizit aufgeführt. In den Jahren 2008-2010 verfolgte die Bodensee Agenda 21 schwerpunktmäßig die Förderung der nachhaltigen Gemeinde- und Regionalentwicklung, den Dialog zwischen Jugendlichen und der Politik sowie den grenzüberschreitenden Austausch zwischen verschiedenen zivilgesellschaftlichen Gruppen.

Zum Weiterlesen ...

Website der Bodensee Agenda: www.bodensee-agenda21.net

Website der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK): www.bodenseekonferenz.org

100 junge Kommunalpolitiker/innen für Nachhaltigkeit

Auf Einladung des Rats für Nachhaltige Entwicklung haben sich im Juni 2008 die 100 jüngsten Kommunalpolitiker/innen Deutschlands sich über politische Positionen und praktische Erfahrungen im Bereich kommunaler Nachhaltigkeitspolitik ausgetauscht und versucht, Lösungen zur Verwirklichung von Nachhaltigkeit auf lokaler Ebene zu finden. Neben der Vernetzung und dem Dialog zwischen Praktikern/innen sowie Experten/innen war es Ziel der dreitägigen Konferenz unter dem Titel „Nachhaltigkeit vor Ort“, jungen Kommunalpolitiker/innen die Möglichkeit zu geben, ihre Stimme im Vorfeld der Aktualisierung der Nachhaltigkeitsstrategie 2008 einzubringen. In 11 thematischen Feldern haben die Teilnehmer/innen Empfehlungen an die kommunale Ebene als auch an die Bundesebene erarbeitet. Die Empfehlungen reichen von der Einführung eines kommunalen Nachhaltigkeits-Checks für Gemeindevorhaben bis hin zur Stärkung des Ehrenamts.

Zum Weiterlesen ...

Konferenz „Nachhaltigkeit vor Ort“: www.nachhaltigkeitsrat.de/termine/veranstaltungen-des-rates/nachhaltigkeit-vor-ort-konferenz-der-100-juengsten-kommunalpolitikerinnen/
Rat für Nachhaltige Entwicklung: www.nachhaltigkeitsrat.de

Die **Aalborg+10-Verpflichtungen**, die auf der vierten Konferenz „Zukunftsbeständiger Städte und Gemeinden in Europa“ beschlossen wurden, sind als ein weiterer Schritt in einem anhaltenden Prozess zur Präzisierung und Weiterentwicklung der Lokalen Agenda vom Rio-Erdgipfel 1992 zu verstehen. Die Verpflichtungen basieren auf der Aalborg-Charta, die zehn Jahre zuvor auf der ersten „Konferenz Zukunftsbeständiger Städte & Gemeinden“ im dänischen Aalborg beschlossen wurde. Ziel der Aalborg-Commitments ist es, die städtischen Initiativen zur nachhaltigen Entwicklung zu stärken und den Städten und Gemeinden ein flexibles Instrument zur Umsetzung nachhaltiger Ziele bereitzustellen.

Mit der Unterzeichnung der Aalborg+10-Erklärung verpflichten sich die Kommunen zunächst, einen lokalen partizipatorischen Zielsetzungsprozess einzuleiten und eigene Prioritäten innerhalb der zehn inhaltlichen Themenfeldern der Verpflichtungen zu erarbeiten. Darüber hinaus besteht die Verpflichtung, binnen eines Jahres nach Unterzeichnung eine Bestandsaufnahme zum Stand der lokalen Nachhaltigkeit zu erstellen und den Fortschritt bei der Umsetzung der Ziele in regelmäßigen Berichten zu überprüfen. Europaweit haben sich gegenwärtig 637 Städte und Gemeinden auf lokaler Ebene zur Umsetzung der Verpflichtungen bekannt. In Deutschland haben bisher die Kommunen Ascha, Freiburg, Hamburg, Hannover, Heidelberg, Kaiserslautern, Neu-Ulm und Nordhausen die Verpflichtungen unterzeichnet. [Stand: Juni 2010]

Zum Weiterlesen ...

Website der Aalborg+10-Commitments: www.aalborgplus10.dk/
 Website der 6. Konferenz Zukunftsbeständiger Städte und Gemeinden in Europa im französischen Dunkerque: <http://www.dunkerque2010.org/>

Covenant of Mayors

Der Konvent der Bürgermeister/innen ist eine Initiative der Europäischen Kommission zur Stärkung der kommunalen Ebene bei der Bekämpfung des Klimawandels auf dem Gebiet der Nachhaltigkeit. Im Zentrum stehen Maßnahmen zur Reduktion kommunaler CO₂-Emissionen. Seit der Gründung der Initiative im Jahr 2008 sind mittlerweile mehr als 1600 Städte dem Konvent beigetreten. Die Mitgliedschaft im Konvent steht Kommunen aller Größenordnungen innerhalb als auch außerhalb Europas offen. Der Konvent bietet die Möglichkeit zum grenzübergreifenden Erfahrungsaustausch, vernetzt engagierte Kommunen, präsentiert vorbildliche Projekte und möchte zur Nachahmung erfolgreicher Klimaschutzmaßnahmen anregen. Zentrales Instrument des Konvents ist die Erstellung spezieller Aktionspläne für nachhaltige Energie („Sustainable Energy Action Plans – SEAP“) durch die Kommunen. Mit dem Beitritt zum Konvent verpflichten sich die Kommunen, in einem solchen Plan ihre spezifischen CO₂-Reduktionsziele festzulegen und konkrete Maßnahmen zu deren Reduzierung zu definieren. Die Berichte werden auf der Internetseite des Konvents veröffentlicht und können von anderen Kommunen eingesehen und bewertet werden. Die Geschäftsstelle des Konvents unterstützt die Kommunen durch thematische Workshops in der technischen Umsetzung von Projekten und berät lokale Behörden bei der Erschließung von europäischen Finanzierungsmöglichkeiten.

Zum Weiterlesen ...

Website des Konvents der Bürgermeister:
<http://www.eumayors.eu/>





Kongress 100% Erneuerbare Energie Regionen – Der Kongress orientiert sich an den umsetzungsrelevanten Fragestellungen der Entscheider aus Kommunen und Regionen. Diese werden in den Fachvorträgen, Fallbeispielen, Diskussionsforen und in der Ausstellung behandelt. Die Schwerpunkte orientieren sich möglichst an Handlungsfeldern, Entwicklungsphasen oder -pfaden.

Zum Weiterlesen ...

<http://www.100-ee-kongress.de/startseite.html>

ÖKOPROFIT steht für „ÖKOlogisches PROJekt Für Integrierte Umwelt-Technik“ und ist ein Kooperationsprojekt zwischen Kommunen und Unternehmen mit dem Ziel der Betriebskostensenkung unter gleichzeitiger Schonung natürlicher Ressourcen (u.a. Wasser, Energie). Das modular aufgebaute Beratungs- und Qualifizierungsprogramm unterstützt Betriebe jeder Art und Größe bei der Einführung und Verbesserung des betrieblichen Umweltmanagements. Teilnehmende Betriebe innerhalb einer Kommune oder einer Region werden nach ca. einjähriger Projektdauer anhand eines Kriterienkatalogs (Vorlage eines Abfallwirtschaftskonzeptes, erfolgreiche Umsetzung von Maßnahmen, Verwendung von Kennzahlen etc.) geprüft und von der Stadt für ihre Leistungen ausgezeichnet. Zahlreiche Betriebe vervollständigen nach der Teilnahme am Ökoprofit-Basisprogramm ihr Umweltmanagementsystem normgerecht und lassen sich nach DIN EN ISO 14.001 zertifizieren. Ökoprofit wurde ursprünglich im Jahr 1991 vom Umweltamt der Stadt Graz (Österreich) entwickelt und konnte seitdem bereits in vielen Ländern erfolgreich eingesetzt werden. Anders als bei auf den Einzelbetrieb ausgerichteten Umweltmanagementansätzen zielt Ökoprofit auf die Bildung eines lokalen Netzwerks zum Umweltschutz ab. Nach einem Jahr im Basisprogramm treten viele Betriebe einem Club bei, in dem sie in regelmäßigen Workshops über neue Entwicklungen im Umweltrecht und in relevanten organisatorischen und technischen Neuheiten informiert werden. Erfahrene Beraterinnen und Berater unterstützen bei der Auswahl und Umsetzung von Optionen zur Reduktion von Abfällen, Wasser- und Energieeinsatz.

Zum Weiterlesen ...

Internationale Website: www.oekoprofit.com

Forschung für die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und ein nachhaltiges Flächenmanagement (REFINA)

Der Förderschwerpunkt „Forschung für die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und ein nachhaltiges Flächenmanagement (REFINA)“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung ist Teil der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung. Hintergrund der Förderung ist der weiterhin hohe Flächenverbrauch für Siedlung und Verkehr der vergangenen Jahrzehnte in Relation zur Bevölkerungsentwicklung. Bundesweites mittelfristiges Ziel ist es daher, die tägliche Inanspruchnahme von Boden für neue Siedlungs- und Verkehrsflächen auf 30 Hektar pro Tag zu reduzieren sowie für eine vorrangige Innenentwicklung (Verhältnis von Innen- zu Außenentwicklung = 3:1) bis zum Jahr 2020 mittels Flächenmanagement zu sorgen. Die langfristige Vision ist es, durch ein kontinuierliches Flächenrecycling einen nachhaltigen Flächenkreislauf herzustellen.

Basierend auf bereits vorliegenden Forschungsergebnissen und unter Berücksichtigung der unterschiedlichen regionalen Rahmenbedingungen sollen durch die Förderung im Programm REFINA innovative Lösungsansätze und Strategien für eine Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und ein nachhaltiges Flächenmanagement erarbeitet werden. Insgesamt geht es um die Auslotung räumlicher, rechtlicher, ökonomischer, organisatorischer und akteursbezogener Innovationen und die mögliche Modifikationen bestehender Instrumente, Strategien und Vorgehensweisen.

Zum Weiterlesen ...

Internetplattform zum Forschungsprojekt REFINA:
<http://www.refina-info.de/>

Gesprächspartner/innen in den Kommunen

Kommune	Name	Funktion
Aachen	Elmar Wiezorek	Fachbereich Umwelt
Ascha	Wolfgang Zirngibl Maria Kulzer	Bürgermeister Projektleiterin Energie
Augsburg	Dr. Norbert Stamm	Geschäftsstelle Lokale Agenda 21, Umweltamt der Stadt Augsburg, Geschäftsführer
Dresden	Rolf Hermann	Stadtplanungsamt, Abteilung Stadtentwicklungsplanung
Eichstetten am Kaiserstuhl	Michael Bruder Katja Schöpflin Helga Bär	Bürgermeister Projektstelle Zukunftsentwicklung Bürgergemeinschaft Eichstetten e.V.
Freiburg	Dr. Dieter Wörner Franziska Breyer	Umweltschutzamt Büro der Bürgermeisterin Gerda Stuchlik
Friedrichshafen	Dr. Tillmann Stottele	Amt für Bürgerservice, Sicherheit und Umwelt, Abteilung Umwelt und Naturschutz
Gelsenkirchen	Werner Rybarski Manfred Leichtweis	Agenda-Büro Ratsmitglied (SPD-Fraktion)
Hannover	Silvia Hesse	Agenda 21-Büro
Heidelberg	Sabine Lachenicht	Agenda 21-Büro
Kaiserslautern	Dr. Stefan Kremer Bettina Dech-Pschorn	Referat Umweltschutz Referat Umweltschutz, Agenda 21
Ludwigsburg	Albert Geiger	Referat Nachhaltige Stadtentwicklung
Lüneburg	Ulrich Helffritz	Heinrich-Böll-Haus Lüneburg
München	Sabine Nallinger Joachim Schwanck	Stadträtin (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) Referat für Gesundheit und Umwelt, Fachbereich Nachhaltigkeit, Agenda 21 Büro
Norderstedt	Herbert Brüning Ina Streichert	Fachbereich Umwelt Agenda 21-Büro
Nürnberg	Dr. Susanne Schimmack	Umweltreferat
Solingen	Ariane Bischoff Peter Vorkötter Hartmut Hoferichter	Leiterin der Agenda-Geschäftsstelle Umweltplanung, Bodenschutz – Lokale Agenda 21 1. Beigeordneter der Stadt Solingen

Weitere Gesprächspartner/innen

Name	Funktion
Dr. Fabian Dosch	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung
Stefan Kuhn	ICLEI - Local Governments for Sustainability
Jens Lattmann	Deutscher Städte- und Gemeindetag
Kati Mattern	Umweltbundesamt
Almut Nagel	Bundesumweltministerium
Dr. Klaus Reuter	Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V
Robert Spreter	Deutsche Umwelthilfe
Dr. Kirsten Witte	Bertelsmann Stiftung



Literaturhinweise

Diese Übersicht zu weiterführender Literatur bietet Ihnen vertiefende Informationen, kann aber nur eine Auswahl wiedergeben.

Hebel PR und Lobbying/Fürsprache

NICKOLAUS, R. (2002): Die Sicherung von Nachhaltigkeit und Transfer im Rahmen von Modellversuchen im Bildungsbereich, swa-Tagung.

EIGNER-THIEL, S. (2003): Erfolgsfaktoren und Hemmnisse bei der Mobilisierung von energie-ökologischen Modellorten und Untersuchung psychologischer Variablen im Bioenergiedorf.

SCHOPENHAUS, M./SCHÖN, S./DIENEL, H.-L. (Hrsg., 2004): Transdisziplinäres Kooperationsmanagement. Neue Wege in der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Gesellschaft. München: oekom.

EIGNER-THIEL, S. (2005): Kollektives Engagement für die Nutzung erneuerbarer Energieträger – Motive, Mobilisierung und Auswirkungen am Beispiel des Aktionsforschungsprojekts „Das Bioenergiedorf“, Studien zur Umweltpsychologie, Band 1. Kovac: Hamburg.

KRIEGESMANN, B./KERKA, F./SIEGER, C. A./STRIEWE, F./YALDIZLI, F. (2006): Perspektiven für den Wissenstransfer in Schulen und Schulsystemen, Lehren aus dem institutionalisierten Wissens- und Technologietransfer, Baltmannsweiler.

STÄRK, G. (2007): Vom Umweltwissen zum Umwelthandeln. Von den Ingenieurwissenschaften lernen – Reaktion auf den Schwerpunkt Umweltforschung in GAiA15/1 und GAiA15/2/2006. In: GAiA (16/3/2007) S.170-175.

Hebel: Permanenz

EUROPÄISCHE KOMMISSION (2000): Europäische Indikatoren für eine nachhaltige lokale Entwicklung. Luxemburg.

EINE WELT NETZWERK HAMBURG E.V. (2000): Erneuerbare Energien in der Entwicklungszusammenarbeit. Eine Studie zur Vorbereitung und Planung einer Hamburger Kontaktstelle zur Förderung Erneuerbarer Energien in der NordSüd-Arbeit, Hamburg, verfügbar unter [www.bertha-hamburg.de].

BRAND, K.-W./CHRIST, E./HEIMERL, A./RAU, A./WARSEWA, G. (2001): Bedingungen institutioneller Stabilisierung Lokaler Agenda-21-Prozesse. Universität Bremen, ZWE „Arbeit und Region“, Forschungsbericht Nr. 14, Bremen.

BRAND, K.-W./CHRIST, E./HEIMERL, A./RAU, A./WARSEWA, G. (unter Mitarbeit der B.A.U.M. Consult GmbH, 2001): Bedingungen institutioneller Stabilisierung Lokaler Agenda-21-Prozesse. München, Deutsche Bundesstiftung Umwelt.

MPS/UNIVERSITÄT BREMEN/B.A.U.M CONSULT (2001): Bedingungen institutioneller Stabilisierung Lokaler-Agenda-21-Prozesse. Bausteine Nr. 6. KommA21Aktuell 4/2001. Augsburg: Bayerisches Landesamt für Umweltschutz.

TEICHERT, V./DIEFENBACHER, H./DÜMIG, D./WILHELMY, S. (2002): Indikatoren zur Lokalen Agenda 21 – Ein Modellprojekt in 16 Kommunen. Osnabrück: Leske + Budrich.

BRÜNING, H. (2004): Umweltverträglichkeitsprüfung. Vom Königsweg zum Holzweg der Umweltpolitik? in: WIGGERING, H./MÜLLER, F. (Hrsg.): Umweltziele und Indikatoren. Wissenschaftliche Anforderungen an ihre Festlegung und Fallbeispiele. Berlin, Heidelberg, New York.

BAUMGARTNER, I./HÄFELE, W./SCHWARZ, M./SOHM, K. (2004): Organisationsentwicklungsprozesse. Die Prinzipien systemischer Organisationsentwicklung, Bern, Stuttgart, Wien.

PAECH, N. (2004): Nachhaltigkeitsinnovationen durch regionale Unternehmensnetzwerke am Beispiel KoBE und IBW, in: Verein Eigenständige Regionalentwicklung Niedersachsen e.V. (Hrsg.), Handlungshinweise für klein- und mittelständische Unternehmen zum nachhaltigen Wirtschaften. Hannover.

NOLTING, K., (2008): Kooperieren – aber wie? Ein Leitfaden zum Aufbau von Kooperationsbeziehungen zwischen Lokalen Agenda-21-Initiativen und Akteurinnen und Akteuren aus Wirtschaft und Wissenschaft. Berlin 2008.

Hebel: Partizipation

DE HAAN, G./KUCKARTZ, U./RHEINGANS-HEINTZE, A. (2000): Bürgerbeteiligung in Lokale Agenda 21-Initiativen. Analysen zu Kommunikations- und Organisationsformen. Opladen: Leske + Budrich

BRÜNING, H./GANTER, A. (2008): Standortfaktor Mitwirkung. Gedanken zu einer erfolgreichen Gestaltung von Partizipationsprozessen am Beispiel der Lärminderungsplanung Norderstedt. in: UVP-Report, 22. Jahrgang, Heft 3, 111-117.



Weitere Literatur

- ALTNER, G./MICHELSEN, G. (Hrsg., 2001): Ethik und Nachhaltigkeit. Grundsatzfragen und Handlungsperspektiven im universitären Agendaprozess (Bd. 5), Frankfurt/Main: VAS.
- AMELUNG, N./MAYER-SCHOLL, B./SCHÄFER, M./WEBER, J. (Hrsg.) (2007): Einstieg in Nachhaltige Entwicklung. Frankfurt: Peter Lang Verlag.
- ARBEITSGEMEINSCHAFT NETZWERK21 KONGRESS (Hrsg., 2008): Bundesweiter Fortbildungs- und Netzwerkkongress für lokale Nachhaltigkeitsinitiativen am 17. und 18. September 2007 in Berlin. Dokumentation.
- BRAND, K.-W./BRUMBAUER, T./SEHRER, W. (2003): Diffusion nachhaltiger Konsummuster. Am Beispiel lokaler Agenda-Kampagnen in München. München: Ökom Verlag.
- BRÜNING, H. (2006): Neue Wege in der Lärminderungsplanung – Das Modell: „Norderstedt. Lebenswert leise“. in: Umweltpsychologie, 10. Jahrgang, Heft 2, 103-127.
- BRÜNING, H./HEIDEBRUNN, F. (2009): Die Minderung von Umgebungslärm – gut investiertes Geld. Erfahrungen mit Kostenwirkungsanalyse und Kosten-Nutzen-Analyse beim Lärmaktionsplan Norderstedt. in: UVP-Report, 22. Jahrgang, Heft 4, 188-194, Hamm.
- CZERWANSKI, A./LOHRE, W. (2002): Erfolgsfaktoren für die breite Umsetzung von Modellvorhaben, 7 Thesen aus den Erfahrungen der Bertelsmann-Stiftung, in: ARBEITSSTAB FORUM BILDUNG (Hrsg.): Aus guten Beispielen lernen – Fachtagung des Forums Bildung am 14.09.2006 in Berlin, Bonn.
- DRASCHBA, S./EIDORN, F./ZACHOW, E. (2003): Möglichkeiten zur Erhöhung des Dynamikpotenzials in Nachhaltigkeitsinitiativen, Bericht für das Umweltbundesamt Berlin.
- EIGNER, S./SCHMUCK, P. (2000): Potenziale der Psychologie auf dem Weg zu nachhaltiger Entwicklung: Die Umstellung der Wärme- und Stromversorgung eines Dorfes auf Biomasse als Energieträger. IPU-blic, Journal der Initiative Psychologie im Umweltschutz, 1, 19-23.
- GEHRLEIN, U./STÄRK, G. (2000): Lernprozesse, Netzwerke und Interaktionsregeln. Erfolgsfaktoren der Lokalen Agenda 21 in Riedstadt. In: HEINELT, H./MÜHLICH, E. Lokale „Agenda 21“-Prozesse. Opladen: Leske + Budrich. 141-159.
- GÖLL, E./KAMPFHENKEL, N./MOHNBACH, E./NOLTING, K. (2007): Lokale Agenda-21-Projekte und ihre Bedeutung. Evaluation und Einschätzungen, IZT – Werkstattbericht Nr. 81, Berlin.
- HÄFELE, W. (Hrsg., 2007): OE-Prozesse initiieren und gestalten. Ein Handbuch für Führungskräfte, BeraterInnen und ProjektleiterInnen, Bern.

- JÄGER, M. (2004): Transfer in Schulentwicklungsprojekten, Wiesbaden 2004. Das Wellenmodell wird ab Seite 125 vorgestellt.
- RUPPERT, H./EIGNER-THIEL, S./GIRSCHNER, W./KARPENSTEIN-MACHAN, M. (2008): Wege zum Bioenergiedorf - Leitfaden für eine eigenständige Wärme- und Stromversorgung auf Basis von Biomasse im ländlichen Raum. Gülzow: Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V. (FNR).
- KREFT, H. (2005): Kommunales Nachhaltigkeitsmanagement. Teil einer Gesamtstrategie zur Entlastung des Bodens vom Besiedlungsdruck im Rahmen kommunaler Strukturentwicklung; in: Jahrbuch für Bodenpolitik 2005.
- LESSEL, W. (2008): Projektmanagement. Pocket Business, Projekte effizient planen und erfolgreich umsetzen, Berlin.
- MICHELTSEN, G. (Hrsg., 2000): Sustainable University. Auf dem Weg zu einem universitären Agendaprozess. Frankfurt/Main: VAS.
- MINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERKEHR BADEN-WÜRTTEMBERG u.a. (Hrsg., 2009): Leitfaden „Indikatoren im Rahmen einer lokalen Agenda 21“, vierte aktualisierte Auflage verfügbar unter: [<http://www.lubw.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/57770/>]
- PAECH, N. (2005): IBW: Regionale Dienstleistungsnetzwerke für nachhaltiges Bauen und Wohnen, in: FICHTER, K./PAECH, N./PRIEM, R. (Hrsg.), Nachhaltige Zukunftsmärkte. Orientierungen für unternehmerische Innovationsprozesse im 21. Jahrhundert, Marburg, 191-202.
- PAECH, N. (2008): Gebäude, Klimaschutz und Kommunikation, in: Einblicke - Forschungsmagazin der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Heft Nr. 47, 38-39.
- RUTSCHMANN, I. (2009): Genossenschaften auf dem Vormarsch, Photon Solarstrommagazin, Februar 2009, Aachen, 78-84.
- SCHMUCK, P./EIGNER-THIEL, S./LACKSCHEWITZ, H. (2003): Das „Bioenergiedorf“-Projekt: Interdisziplinäre und transdisziplinäre Erfahrungen von UmweltpsychologInnen beim Initiieren eines Projekts zur Nutzung erneuerbarer Energien im ländlichen Raum. Umweltpsychologie, 7 (2), 134-147.
- STATZ, A./WOLFAHRT, C. (2010): Kommunale Partnerschaften und Netzwerke - Ein Beitrag zu einer transnationalen Politik der Nachhaltigkeit. Schriften zur Demokratie Band 20, Hrsg. Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin.
- TISCHER, M. ET AL. (2006): Auf dem Weg zur 100 %-Region. Ein Leitfaden für Kommunen zur vollständigen Versorgung mit erneuerbarer Energie. B.A.U.M. GmbH.
- ZACHOW, E./DIECKMANN, A. (2005): Nachhaltigkeit im Alltag voranbringen. Ein Leitfaden für Umweltzentren und Nachhaltigkeitsinitiativen, Bremen.

Abkürzungen

BauGB	Baugesetzbuch
BenE	Bildung für eine nachhaltige Entwicklung (München)
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
BNE	Bildung für Nachhaltige Entwicklung
DGU	Deutschen Gesellschaft für Umwelterziehung e.V.
DHU	Deutsche Umwelthilfe e.V.
EEA	European Energy Awards
GTZ	Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GmbH
IBK	Internationale Bodenseekonferenz
ICLEI	Local Governments for Sustainability
ILE	Integrierte Ländliche Entwicklung
ISEK	Integriertes Stadtentwicklungskonzept
ISH	Innovationsstiftung des Landes Schleswig-Holstein
NANU	Netzwerk Augsburg für Natur- und Umweltbildung
NRW	Nordrhein-Westfalen
ÖGUT	Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik
ÖKOPROFIT	Ökologisches Projekt Für Integrierte Umwelt-Technik
PLENUM	Projekt des Landes zur Erhaltung und Entwicklung von Natur und Umwelt (Baden-Württemberg)
PM	Perspektive München
REFINA	Forschung für die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und ein nachhaltiges Flächenmanagement
REGKLAM	Regionales Klimaanpassungsprogramm Modellregion Dresden
SEAP	Sustainable Energy Action Plans
SEK	Stadtentwicklungskonzept
SINN	Senioren-Initiative Nachhaltigkeitsnetzwerk (München)
STEP	Stadtentwicklungsplan
UBA	Umweltbundesamt
WHO	Weltgesundheitsorganisation

